

JUSOS

OBERBAYERN

Beschlussbuch
Bezirkskonferenz

Anträge zur Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

am 24. Februar 2019

Alevitische Gemeinde Neufahrn und Umgebung e.V., Neufahrn bei Freising

Richtlinienändernder Antrag 1

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos
Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Die Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern werden
3 wie folgt geändert:

4

5 In Abschnitt III. Punkt 1.1. Abs (8) Satz 1 wird nach „Bezirksverbands der Jusos
6 Oberbayern“ eingefügt: „sofern die Jusos Oberbayern über eine eigene Kasse
7 verfügen“.

8 Diese Änderung gilt bereits für die heutige Bezirkskonferenz.

9

10 Begründung:

11 Die Jusos Oberbayern verfügen derzeit über keine eigenständig geführte Kasse. Ihr
12 Budget wird im Budget der SPD Oberbayern verrechnet und dort durch die Revision
13 der SPD Oberbayern geprüft. Eine eigene Kassenführung ist daher nicht
14 nachvollziehbar, eine Prüfung überflüssig. Dies ändert sich erst mit der seit Jahren
15 geplanten und immer wieder verzögerten Einführung eines RPJs auf oberbayerischer
16 Ebene.

Richtlinienändernder Antrag 2

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Die Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern werden
3 wie folgt geändert:

4

5 In Abschnitt III. Punkt 1.2. Abs. (1) wird „und den Mitgliedern des Bezirksvorstands“
6 gestrichen.

7 Diese Änderung gilt bereits für die heutige Bezirkskonferenz.

8

9 Begründung:

10 Dieser Abschnitt steht in Widerspruch zu Abschnitt III. Punkt 1.3. Abs. (1), der Mitglieder
11 des Bezirksvorstandes zu beratenden Teilnehmer*innen der Bezirkskonferenz macht.

12 Der Bezirksvorstand soll auch weiterhin nur mit beratender Stimme teilnehmen und kein
13 eigenes Stimmrecht haben wie es der zu streichende Abschnitt festlegt.

Richtlinienändernder Antrag 3

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Die Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern werden
3 wie folgt geändert:

4

5 Ersetze Abschnitt III. Punkt 2.6. durch: "Der Bezirksvorstand kann eine Geschäftsführung
6 ernennen. Diese kann auf Beschluss des Bezirksvorstandes ehren- oder hauptamtlich
7 tätig sein."

8

9 Begründung:

10 Die Jusos Oberbayern müssen die Geschäftsführung aus Kostengründen aktuell
11 einsparen.

Richtlinienändernder Antrag 5

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Die Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern werden
3 wie folgt geändert:

4

5 Abschnitt III. Punkt 2.7. Abs. (2) wird wie folgt neu gefasst:

6 „Der*die gewählte Vertreter*in der Jusos im SPD-Vorstand auf Bezirks-, Landes- und
7 Bundesebene, sofern er*sie aus Oberbayern kommt.“

8

9 In Abschnitt III Punkt 3.4 wird nach „zusammen“ ergänzt: „sowie alle oberbayerischen
10 Juso-Mitglieder im SPD-Bezirks- und Landesvorstand“

11

12 Begründung:

13 Der Vorstand der Jusos Oberbayern versteht sich als Arbeitsgremium. Wir möchten
14 verhindern, dass dieser zu groß wird und halten es deshalb nicht für sinnvoll, dass alle
15 Mitglieder der Jusos Oberbayern in SPD-Gremien auf Bezirks-, Landes- und
16 Bundesebene Mitglied des Bezirksvorstandes sind. Zudem soll für die Beisitzer*innen der
17 Gremien eine zusätzliche Arbeitsbelastung durch die Jusos Oberbayern vermieden
18 werden. Es besteht natürlich weiterhin die Möglichkeit, diese tagesordnungsbezogen
19 als Gäste zu den Bezirksvorstandssitzungen einzuladen.

Richtlinienändernder Antrag 6

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Die Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern werden
3 wie folgt geändert:

4

5 Abschnitt III. Punkt 2.7. Abs (3) wird wie folgt ergänzt:

6 „, wenn vom Bezirksvorstand eine Geschäftsführung ernannt wurde.“

7

8 Begründung:

9 Die Jusos Oberbayern müssen die Geschäftsführung aus Kostengründen aktuell
10 einsparen.

11 Sollte erneut eine Geschäftsführung ernannt werden, so soll diese automatisch
12 beratendes Mitglied des Vorstands sein.

Richtlinienändernder Antrag 7

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Die Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern werden
3 wie folgt geändert:

4

5 Abschnitt III. Punkt 2.7. Abs (4) wird wie folgt ergänzt:

6 „Insbesondere sind Vertreter*innen der JSAG und der Juso-Hochschulgruppen in
7 Oberbayern zu kooptieren.“

8

9 Begründung:

10 Hiermit wollen wir eine aktive Anbindung des JSAG und der HSGn an den
11 Bezirksvorstand sicherstellen.

Richtlinienändernder Antrag 8

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Die Organisationsrichtlinien der Jungsozialist*innen im SPD-Bezirk Oberbayern werden
3 wie folgt geändert:

4

5 Ersetze in Abschnitt IV. Punkt 3. Satz 2 „zeiten“ durch „beiträge“.

6

7 Begründung:

8 "Zeiten" ergibt in diesem Zusammenhang wenig Sinn.

Arbeitsprogramm 2019/2020

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Wir packen's an in Oberbayern!

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

2 Ausgangssituation

3 Das vergangene Jahr war vor allem geprägt von zwei für uns Jusos sehr bedeutsamen
4 demokratischen Entscheidungen: Dem GroKo-Mitgliederentscheid und der
5 Landtagswahl. Beide hatten für uns Jusos keinen guten Ausgang. Die Mehrheit der
6 SPD-Mitglieder entschied sich für die Große Koalition und so regiert seit dem Frühjahr
7 eine Koalition, die sich vor allem durch Konflikte und schwache Kompromisse
8 auszeichnet.

9 Auch wenn wir Jusos mit der #nogroko-Kampagne nicht erfolgreich waren, so können
10 wir doch durchaus positive Schlüsse aus ihr ziehen: Die Jusos sind ein meinungsstarker
11 Verband, der inzwischen über die Partei hinaus wahrgenommen wird. Nicht selten hört
12 man, dass die Jusos ja ganz cool seien, Menschen sich aber mit der SPD nicht (mehr)
13 anfreunden könnten. Dies müssen wir nutzen, um der Partei wieder ein markantes Profil
14 zu verschaffen. Die Menschen müssen wissen, wofür die SPD steht - für Freiheit,
15 Gerechtigkeit und Solidarität - und die SPD muss selbstbewusst und glaubwürdig dann
16 auch eben diese Ziele konkret umsetzen. Das man es dabei nicht allen Menschen
17 recht machen kann, darf dabei nicht notwendiges Übel sein - vielmehr müssen wir es
18 uns als Ziel setzen und uns bewusst machen, dass eine linke Politik nur gelingen kann,
19 wenn man die Bedürfnisse der Wohlhabenden zu Gunsten derer, die wenig haben,
20 hintanstellt.

21 Für uns Jusos ist klar, dass unsere Ziele einer gerechteren Politik in der großen Koalition

1 nicht umsetzbar sind. Wir werden die Sollbruchstelle im Koalitionsvertrag deshalb aktiv
2 in den Fokus nehmen und uns für eine vorzeitige Beendigung der Koalition stark
3 machen.

4
5 Nicht nur, aber auch aufgrund der großen Koalition hat die BayernSPD bei der
6 Landtagswahl im Oktober ein katastrophales Ergebnis eingefahren. Auch der
7 BayernSPD mangelte es an Glaubwürdigkeit und Mut zu klaren Aussagen. Nach dem
8 Landesparteitag im Januar 2019 sind wir optimistisch, dass sich dies ändern wird. Die
9 Delegierten wählten acht Jusos in den Landesvorstand, die in den kommenden
10 Jahren für eine linke Politik des Landesverbands arbeiten werden. Auch die Beschlüsse
11 des Parteitags zeigen, dass wir uns von der Politik des Mittelwegs verabschieden und
12 klare Botschaften senden: Wir wollen eine Grundsicherung, die ihren Namen verdient,
13 Harz IV endlich abschaffen, das BBiG wirklich besser machen, schnell und sozial raus
14 aus der Kohle und die Gemeinschaftsschule statt der Selektion im aktuellen
15 Schulsystem.

16
17 Im Jahr 2019 wird nun unser erster Fokus auf der Europawahl im Mai liegen. Gemeinsam
18 werden wir unsere Energie für ein gutes Ergebnis für die Sozialdemokratie einsetzen,
19 denn es ist unsere Verantwortung, für ein offenes, nachhaltiges, demokratisches und
20 gerechtes Europa zu kämpfen. Nationalismus, Faschismus und jegliche Form
21 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit dürfen in Europa keinen Platz haben.

22
23 Gleichzeitig werden wir uns in diesem Jahr ausführlich mit dem Thema
24 Kommunalpolitik und Empowerment für die Kommunalwahlen 2020 beschäftigen.

25 26 Arbeitsweise des Vorstands

27 Mit dem Wegfall der Geschäftsführung fallen dem Vorstand einige Aufgaben zu, die
28 bisher in den Händen der Geschäftsführung lagen. Es bedarf damit einer neuen
29 Verteilung der Aufgaben im Vorstand. Dabei behalten wir im Auge, dass es sich beim
30 Vorstand der Jusos Oberbayern um ein ehrenamtliches Gremium handelt - jedes
31 Vorstandsmitglied darf somit nur soweit mit Aufgaben betraut werden, dass Ehrenamt
32 und Schule, Studium, Beruf und Privatleben vereinbar bleiben. Jedes
33 Vorstandsmitglied ist für einen bestimmten Themenbereich zuständig. Die Aufgaben
34 werden auf der Vorstandsklausur, die im März stattfinden wird, in einer
35 Geschäftsordnung festgelegt. Über den festen Themenbereich hinaus fungiert jedes

1 Vorstandsmitglied als Ansprechpartner*in für ein bis zwei Unterbezirke. Alle
2 Zuständigkeiten werden auf der Website veröffentlicht.

3 Die Sitzungen des geschäftsführenden Vorstands sollen auch im kommenden Jahr im
4 Rhythmus von etwa vier Wochen stattfinden. Bei dringlichen Angelegenheiten werden
5 darüber hinaus Telefon- beziehungsweise Discord-Konferenzen bedarfsorientiert
6 abgehalten.

7 Der Gesamtvorstand kommt mindestens einmal im Quartal zusammen. Neben dem
8 Austausch über aktuelle Aktionen der Unterbezirke wollen wir hier jeweils auch einen
9 inhaltlichen oder organisatorischen Schwerpunkt setzen.

10 Strukturarbeit

11 Die Strukturarbeit dient der Optimierung der Arbeitsweise und Strukturen der Jusos in
12 Oberbayern. Gleichzeitig werden hier Vorschläge zur strukturellen Erneuerung der
13 Jusos und der SPD erarbeitet. Die Hauptaufgabe ist dabei die Unterstützung der
14 Unterbezirke bei Organisation und Aufbau im Tagesgeschäft, Anwendung und
15 Auslegung bzw. Änderung von Satzungen, Geschäftsordnungen und strukturellen
16 Fragen aller Art.

17
18 Dabei soll vor allem in Gebieten, in denen es bisher keine aktiven Juso-Strukturen gibt,
19 Unterstützung und Hilfe mit dem Ziel von Neugründungen angeboten werden. Dies
20 sind derzeit Berchtesgadener Land, Garmisch-Partenkirchen, Landsberg und
21 Pfaffenhofen. Dazu wird ein Leitfaden zur Neugründung von Juso-Unterbezirken und
22 Orts-AGs auf der Website zur Verfügung gestellt. Neben Hilfestellungen zur
23 Neugründung bietet der Leitfaden gleichzeitig auch Anregungen für die Verbesserung
24 der Arbeitsweise in den bestehenden Unterbezirken.

25
26 Um die inhaltliche Arbeit mit Anträgen zu verbessern, wird geprüft, ob es auf Ebene
27 der Jusos Oberbayern sinnvoll ist, das neue digitale Antragstool der Jusos Bayern zu
28 übernehmen.

29
30 Die Regionaltreffen der Unterbezirke waren im letzten Jahr ein großer Erfolg. Wir wollen
31 daher das Konzept fortführen und auch im nächsten Jahr zahlreiche "Regio-Treffen"
32 veranstalten. Dabei treffen sich mindestens drei benachbarte Unterbezirke an einem
33 für alle gut erreichbaren Ort. Eingeladen sind alle Mitglieder, die zu einem selbst
34 gewählten Thema gemeinsam diskutieren. Auf diese Weise können sich die
35 Unterbezirke kennenlernen, vernetzen, gemeinsame Erfahrungen austauschen und

1 politisch interessante Diskussionen in der näheren Umgebung führen.

2

3 Um die Zusammenarbeit in Oberbayern zu verbessern wird weiter am Einsatz von
4 "Discord" als zentralem Vernetzungstool gearbeitet. Discord kann für
5 Telefonkonferenzen zum Beispiel bei der Erstellung von Anträgen oder Organisation
6 von Veranstaltungen genutzt werden, womit weite Anfahrtswege entfallen können.
7 Dabei soll es aber nicht persönliche Treffen ersetzen, sondern als zusätzliche
8 Möglichkeit genutzt werden. Außerdem wird geprüft, inwieweit mit Chats online zu
9 verschiedenen inhaltlichen Themen gearbeitet werden kann. In diese Chats soll sich
10 jedes Mitglied einbringen können. Es kann jederzeit frei diskutiert werden.
11 Gegebenenfalls werden zu besonders intensiv diskutierten Themen Treffen in Discord
12 oder persönlich angeboten.

13 Die Unterbezirke können eigene Bereiche in Discord gestalten, die sie selbständig als
14 Admin*a verwalten.

15

16 Mitgliederbetreuung

17 Unser Ziel ist, dass sich alle Jusos gemäß ihren Interessen und Fähigkeiten in unserem
18 Verband einbringen können. Dazu werden unsere Mitglieder regelmäßig über
19 Möglichkeiten der Partizipation informiert – im Verband und darüber hinaus zum
20 Beispiel bei den Jusos Bayern oder in der SPD Oberbayern.

21 Zu unserem eigenen Angebot wird dazu im kommenden Jahr wieder mindestens ein
22 Neumitgliederseminar zählen.

23 Besonders in Unterbezirken, in denen es keine aktiven Juso-Strukturen gibt, wollen wir
24 Mitglieder motivieren, sich in überregionalen Veranstaltungen einzubringen.

25

26 Im kommenden Jahr wollen wir außerdem die Umsetzung des letztjährigen Beschlusses
27 zu Anträgen und Veröffentlichungen in einfacher Sprache vorantreiben. Die Mitglieder
28 der Unterbezirke sollen ermutigt und befähigt werden, ihre Anträge zusätzlich in einer
29 einfacheren Fassung einzureichen. Hierzu wird der bisherige Entwurf eines Leitfadens
30 verbessert und an die Unterbezirke ausgegeben.

31

32 Bildungsarbeit

33 Im vergangenen Jahr wurden die Rufseminare für die Unterbezirke entwickelt. Bisher
34 behandeln sie die inhaltlichen Themen Antifaschismus, Feminismus, Demokratischer
35 Sozialismus und Grundwerte der Jusos. Außerdem gibt es "Soft-Skill"-Seminare zu den

1 Themen "Juso-Arbeit vor Ort", "Reden auf Parteitag", "Wie schreibe ich einen
2 Antrag?" sowie "Organisation von Demonstrationen". Nachdem diese sehr positiv
3 angenommen werden, sollen sie ergänzt werden, um weitere Themen abzudecken.
4 Hierbei ist angedacht, das Portfolio der Seminare um das inhaltliche Thema Arbeits-
5 und Sozialpolitik und um ein Soft-Skill-Seminar zum Thema "Social-Media" zu erweitern.
6 Darüber hinaus sollen die Rufseminare weiter beworben werden, um sie vor allem
7 jungen und kleinen Unterbezirken bekannter zu machen. Nachdem die Rufseminare
8 unterbezirksübergreifend abgehalten werden sollen, wird dadurch die Vernetzung der
9 Unterbezirke gestärkt.

10 Darüber hinaus ist der Bezirksvorstand natürlich für weitere Anfragen zu
11 Bildungsprogrammen, wie Empowerment-Programmen, offen. Für dieses Jahr wollen
12 wir ein spezielles Kommunalwahl-Empowerment-Programm schaffen.

14 Gleichstellung

15 Auch 2019 sind wir noch weit weg von der tatsächlichen Gleichstellung der Frau*. Das
16 Thema Gleichstellung läuft das ganze Jahr über in der Arbeit des Bezirksvorstandes mit.
17 Höhepunkte sollen auch dieses Jahr wieder die Frauen*vernetzungstreffen und die
18 Gleichstellungskonferenz gegen Ende des Jahres sein.

19 Die Frauen*vernetzungstreffen sollen der Vernetzung der oberbayerischen Frauen*
20 dienen und den Zusammenhalt untereinander stärken. Die Gleichstellungskonferenz
21 hingegen soll nochmal eine Möglichkeit bieten, sich mit einem gewählten Thema tiefer
22 auseinanderzusetzen. Wir wollen die Gleichstellungskonferenz stärker als letztes Jahr
23 bewerben, damit wir möglichst viele Jusos in Oberbayern erreichen. Gerade für
24 Unterbezirke ist hier nochmal ein Forum, um sich über die Gleichstellungsarbeit und
25 best practices auszutauschen.

26 Wir wollen auch über die Gleichstellungskonferenz hinaus die Unterbezirke in der
27 Gewinnung von Frauen* unterstützen. Dazu haben wir schon letztes Jahr unter
28 anderem ein Rufseminar zum Thema Feminismus erstellt.

29 Generell gilt für uns auch über die Unterbezirksarbeit hinaus, dass wir auf Missstände
30 bezüglich der Gleichstellung im Verband hinweisen und sie schnellstmöglich
31 entfernen wollen.

32 Die Gleichstellung ist und bleibt damit eines der wichtigsten Themen in unserem
33 Verband. Hierbei müssen wir uns auch an unsere eigene Nase fassen. Wir werden also
34 nach innen wirken, um den Verband selbst zu immer mehr Gleichstellung zu bringen,
35 sowie nach außen, um auch die Gesellschaft ein Stück feministischer zu prägen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Antifa und Gedenken

Nicht nur aufgrund der erschreckenden Wahlergebnisse der AfD bei der letzten Landtagswahl werden wir im kommenden Jahr das aktive Engagement im Bereich Antifa und die Vernetzung mit antifaschistischen Bündnissen in den Fokus rücken. Hierzu müssen vor allem die Unterbezirke in die Verantwortung genommen werden, da sie sich mit den vorhandenen Strukturen vor Ort auskennen und hilfsweise vermitteln können. Als Bezirksvorstand sehen wir uns in der Pflicht, Aktionen gleich welcher Art im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen.

Im Sinne dieses Arbeitsauftrages wird nächstes Jahr wieder an mindestens einem Termin „Bergauf gegen Rechts“ stattfinden. Weitere Vorschläge für Aktionen gegen die Verbreitung faschistischen Gedankenguts und die Partei AfD im Besonderen sind mehr als erwünscht.

Zum antifaschistischen Engagement gehört für uns immer auch das Gedenken. Zusätzlich zu den Gedenkveranstaltungen in Dachau, die wir auch im kommenden Jahr besuchen werden, sollen Gedenkveranstaltungen im gesamten Bezirk Oberbayern in Kooperation mit den Unterbezirken organisiert und beworben werden, zum Beispiel um an den Mühldorfer Todeszug oder die Penzberger Mordnacht zu erinnern.

Veranstaltungen

Verbandscamp

Zum vierten Mal soll in diesem Jahr das Verbandscamp stattfinden. Wir veranstalten das Camp auf dem Zeltplatz in Thalhausen bei Freising vom 14. bis 18. August. Es dient neben Workshops und Diskussionen in einem breiten Themenfeld auch als Raum für Vernetzung. Gerade für neuere Genoss*innen ist das Camp wichtig, um den Verband kennenzulernen und Freundschaften über die normalen Juso-Termine hinaus zu knüpfen.

Außerordentliche Bezirkskonferenz

In den vergangenen Jahren hat sich eine außerordentliche Bezirkskonferenz als äußerst produktiv und sinnvoll erwiesen. Dabei kann eines oder mehrere Themen inhaltlich tiefergehend erarbeitet werden. Daher soll es auch dieses Jahr wieder eine außerordentliche Bezirkskonferenz geben. Die weitere Bezirkskonferenz soll sich ganz

1 besonders mit dem Thema Kommunalwahlkampf beschäftigen, um einen
2 Wahlkampfdiskussionen zu ermöglichen sowie unsere Juso-Kandidat*innen zu
3 stärken. Die Bezirkskonferenz soll darüber hinaus auch die schnelle Behandlung von
4 den vielen Anträgen der Unterbezirke ermöglichen, sodass diese rechtzeitig zur
5 außerordentlichen Landeskonferenz an die Jusos Bayern weitergeleitet werden
6 können.

7 8 *Gleichstellungskonferenz und Jahresabschlussfeier*

9 Es ist mittlerweile schon zur Tradition geworden, dass wir unser Jahr mit der
10 Gleichstellungskonferenz beenden. Das möchten wir im kommenden Jahr auch so
11 weiterführen. Wir wählen ein Thema, welches ins Gebiet der Gleichstellung fällt, laden
12 evtl. Referent*innen ein und / oder arbeiten mit unseren Bündnispartner*innen
13 zusammen.

14
15 Nach der Gleichstellungskonferenz lassen wir das Jahr mit unserer Jahresabschlussfeier
16 ausklingen, zu der auch alle Genoss*innen eingeladen sind, die nicht an der Konferenz
17 teilnehmen konnten.

18 19 *50 Jahre Linkswende*

20 1969 entschied der Juso-Bundeskongress in München, dass man fortan keine
21 angepasste Parteijugend sein wolle, sondern ein eigenständiger sozialistischer
22 Richtungsverband zu werden, der mit der Mutterpartei in einem kritisch-solidarischen
23 Verhältnis steht. Dieses Jubiläum wird der Juso-Bundesverband im Juli 2019 mit einem
24 Festakt und einem Kongress feiern. Hierbei wollen wir den Bundesverband mit
25 ehrenamtlicher Arbeit im Vorlauf und vor allem während des Kongresses unterstützen.

26 27 *Öffentlichkeitsarbeit*

28 Durch die ins Leben gerufene gemeinsame Gruppe der Social-Media-Beauftragten
29 der Unterbezirke soll es 2019 verstärkt möglich sein, die Unterbezirke auch auf unseren
30 Social-Media-Kanälen zu präsentieren und ihnen dadurch mehr Reichweite zu
31 verschaffen. Unsere Social-Media-Arbeit soll vernetzter und koordinierter werden.
32 Hierzu gehört die Darstellung der regelmäßigen Arbeit des Bezirks zum Beispiel durch
33 Veranstaltungshinweise. Mindestens alle zwei Monate schickt der Bezirksvorstand
34 einen Newsletter zu unseren aktuellen Aktivitäten per E-Mail an alle Jusos in
35 Oberbayern. Neuigkeiten, Aktivitäten und interessante Nachrichten werden stets auf

1 unserer Webseite, auf Facebook, Twitter und auf Instagram veröffentlicht. Wir haben
2 im vergangenen Jahr einen Blog mit thematischen Beiträgen gestartet. Diesen
3 möchten wir weiterhin pflegen und die Häufigkeit der Beiträge erhöhen. Der Blog dient
4 dazu, dass wir uns inhaltlich positionieren und aktuelle, gesellschaftlich relevante
5 Themen aufgreifen.

6
7 Außerdem werden wir im nächsten Jahr, um stärker nach außen auftreten zu können,
8 Muster-Pressemitteilungen für die Unterbezirke anfertigen, um in den
9 Regionalzeitungen stärker präsent zu sein. So können wir unsere Positionen breiter
10 streuen und erhalten mehr Wahrnehmung auch von den Wähler*innen.

11
12 Zudem soll mindestens eine bezirkswerte Kampagne zu einem überregionalen Thema
13 erarbeitet werden, mit dem wir an die Öffentlichkeit gehen können. Dies schließt
14 Videos, Kacheln für Social-Media und Aktionen mit ein. Auch hier sollen die
15 Unterbezirke bei der Themensetzung und Umsetzung mit einbezogen werden.

16
17 Bereits im letzten Jahr haben wir eine Mediendesignerin zur Erarbeitung einer neuen
18 Website für die Jusos Oberbayern beauftragt.

19
20 Auf der neuen Website werden in Zukunft die auf der Bezirkskonferenz beschlossenen
21 Anträge, Newsletter sowie Blogartikel zu aktuellen politischen Themen und
22 Geschehnissen veröffentlicht. Zu unseren wichtigsten inhaltlichen Themenbereichen
23 wird es Artikel mit Informationen über unsere Ideen und Positionen geben. Außerdem
24 wird ein Infobereich eingerichtet, auf dem Informationen über unsere Rufseminare,
25 Juso-Arbeit vor Ort, von uns genutzte Medien wie zum Beispiel Discord, Hilfestellungen
26 und sonstige Materialien zu finden sein werden, die damit für alle Mitglieder leicht
27 verfügbar sind. Die Website bekommt neben einem neuen Design auch einen
28 Kalender mit allen für uns Jusos in Oberbayern relevanten Terminen. Dieser Kalender
29 kann aber erst vollständig sein, wenn alle Unterbezirke die in ihrem Gebiet relevanten
30 Termine an uns schicken!

31
32 Die Website erhält außerdem eine Suchfunktion, mit der alle Inhalte auf der Website
33 leicht gefunden werden können, also beispielsweise auch oberbayerische Beschlüsse
34 und Artikel zu bestimmten Themen. Damit wollen wir die für die Juso-Arbeit vor Ort
35 notwendigen Informationen an einem Ort zusammenfassen, verlinken und auf einer

1 einheitlichen Plattform allem Mitgliedern zur Verfügung stellen.

3 Bündnisarbeit

4 Um unsere Positionen in die Gesellschaft zu tragen, müssen wir sie auf so vielen Kanälen
5 wie möglich deutlich machen. Dies gelingt nicht alleine, vielmehr bedarf es einer
6 Zusammenarbeit mit allen Kräften, die gemeinsam mit uns für eine gerechte
7 Gesellschaft streiten wollen. Wir sehen die Zusammenarbeit mit Bündnispartner*innen
8 als wichtige Aufgabe des Vorstands. Jedes Vorstandsmitglied wird versuchen, in
9 seinem*ihrem Arbeitsbereich Bündnispartner*innen einzubinden. Grundsätzlich
10 streben wir an, regelmäßig Veranstaltungen unserer Bündnispartner*innen zu
11 besuchen und sie zu unseren Veranstaltungen einzuladen.

13 a. Gewerkschaften

14 Wir Jusos sind Teil der Arbeiter*innenbewegung, die unser Denken und Handeln prägt.
15 Der DGB mit seinen Mitgliedsverbänden und Jugendorganisationen stellt damit einen
16 der wichtigsten Bündnispartner dar.

18 b. Geflüchteten - und Migrant*inneninitiativen

19 Wir wollen unsere Stimme nicht nur gegen Hass, Hetze und Gewalt erheben, sondern
20 ebenso Menschen, die diesem tagtäglich ausgesetzt sind, unterstützen. Dazu gehört
21 für uns die Zusammenarbeit mit und die Unterstützung von Initiativen, in denen
22 Geflüchtete und Migrant*innen aktiv sind, zusammenzuarbeiten und sie zu
23 unterstützen. Den Austausch mit heimat e.V., Helfer*innenkreisen und dem Jungen
24 Bündnis für Geflüchtete wollen wir auch im kommenden Jahr intensiv pflegen und
25 Genoss*innen motivieren, sich in diesen Initiativen zu engagieren.

27 c. Jugendverbände

28 Eine zentrale Rolle soll weiterhin der Austausch mit Jugendverbänden spielen. Hier
29 wollen wir neue Kontakte knüpfen und bestehende Zusammenarbeit fortführen. Die
30 Zusammenarbeit mit dem Bezirksjugendring und den progressiven religiösen
31 Jugendverbänden sehen wir dabei im Mittelpunkt.

33 d. Sozial- und Umweltverbände

34 Sozial- und Umweltverbände sind seit langem Partner*innen der Sozialdemokratie.
35 Besonders pflegen möchten wir dabei den Kontakt mit Organisationen, die aus der

1 Arbeiter*innenbewegung kommen, wie die Arbeiterwohlfahrt und die Naturfreunde.

2
3 e. Arbeitsgemeinschaften der SPD

4 Bereits seit langem sehen wir Jusos, dass die SPD eine Neuausrichtung benötigt. Nach
5 der Bundestagswahl 2017 schien dies auch die Mutterpartei verstanden zu haben und
6 organisierte für den Erneuerungsprozess mehrere Umfragen, ein Debattencamp und
7 ein digitales Diskussionsportal. Das reicht in unseren Augen aber bei Weitem nicht. Eine
8 wirkliche Erneuerung kann nur gelingen, wenn sich die SPD auch inhaltlich eine neue,
9 glaubwürdige Ausrichtung gibt. Wir werden weiterhin innerhalb der Mutterpartei auf
10 allen Ebenen für eine erfolgreiche Neuausrichtung der Partei kämpfen.

11
12 Bildung von an den Bezirksvorstand angebotenen Arbeitskreisen

13 In Zukunft wird es neben dem Bezirksvorstand (BeVo) auch Arbeitskreise (AKs) geben,
14 die an den Vorstand angebotenen sind.

15 Angebotenen bedeutet dabei, dass eine Person aus dem BeVo Beauftragte*r für den
16 jeweiligen AK ist. Die AKs richten sich an alle Mitglieder in Oberbayern, die
17 wir einbinden möchten und einladen mitzuarbeiten. Wir brauchen hier die
18 Unterstützung der Mitglieder. Um unsere Partei fit für die Zukunft zu machen, wollen
19 und müssen wir alle hier mehr Verantwortung übernehmen!

20
21 Die AKs sollen eng mit dem Bezirksvorstand zusammenarbeiten, neue Ideen
22 entwickeln und Vorschläge einbringen, an deren Umsetzung dann gemeinsam
23 gearbeitet wird.

24
25 Organisiert werden die AKs zum Teil in persönlichen Treffen, zu einem großen Teil aber
26 mit Hilfe von Discord in Chats und Online-Konferenzen. Dies spart Zeit und Wegekosten
27 und soll dadurch mehr Mitgliedern die Teilnahme ermöglichen.

28
29 Bisher sind als AKs "Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land", "Gesundheit
30 und Soziales", "Arbeit und Chancengleichheit" und "Internationales, Migration und
31 Asyl" geplant, die im folgenden näher beschrieben werden. Außerdem gibt es eine
32 Gruppe zur "Frauen*vernetzung" und zur "Social Media und Öffentlichkeitsarbeit". Bei
33 Bedarf können auch weitere AKs eingerichtet werden, beispielsweise zur
34 "Strukturerneuerung von Jusos und SPD".

1 Gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land

2 Die bayerische Verfassung sieht als Ziel die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse vor.
3 Davon sind wir aber auch in Oberbayern noch weit entfernt, mit großen Unterschieden
4 vor allem zwischen Stadt und Land. Eine erfolgreiche Landesentwicklungspolitik mit
5 guten Angeboten von öffentlichem Nahverkehr, Glasfaser-Internet,
6 Bildungseinrichtungen und vor allem Arbeitsplätzen schafft gleichzeitig
7 Problemlösungen für die überlasteten Metropolregionen: Wenn wohnen und arbeiten
8 auch außerhalb dieser Regionen gut und möglich ist, kann der Anstieg der Mieten
9 abgemildert und die Verkehrsbelastung verringert werden. Beispielsweise wegen der
10 gesundheitlichen Folgen des Verkehrs in Städten ist die Gleichwertigkeit der
11 Lebensverhältnisse nicht nur für „abgehängte“ Landstriche, sondern für alle von
12 Bedeutung.

13 Wir wollen auch in Hinblick auf die Kommunalwahlen Konzepte entwickeln, welche
14 Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge Kommunen unserer Ansicht nach zur
15 Verfügung stellen sollten, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu ermöglichen.
16 Gleichzeitig braucht es auch überregionale Konzepte, vor allem beim Thema
17 Mobilität, wie ein Auszubildenden-Ticket analog zum Semesterticket für Studierende.

18 19 Gesundheit und Soziales

20 Im Bereich Gesundheit und Soziales ist für uns die sogenannte “Zwei-Klassen-Medizin”,
21 also die Ungleichbehandlung von gesetzlich- und privatversicherten Menschen, ein
22 Dorn im Auge. Deswegen fordern wir die Neugestaltung des
23 Krankenversicherungssystems mit Einführung der Bürger*innenversicherung.
24 Außerdem stehen wir für, dass jede Person, die psychiatrische Hilfe benötigt,
25 diese bekommt. Angebote müssen sich dabei von jeder Art von Stigmatisierung
26 distanzieren und jeden Menschen mit seinen Eigenschaften anerkennen.
27 Entsprechend unseres Menschenbildes gilt es, Teilhabe für alle Menschen an allen
28 Teilbereichen des Lebens in der Gesellschaft gezielt zu fördern. Dabei gilt unser
29 besonderes Engagement den Menschen, die zum Beispiel aufgrund ihrer Herkunft oder
30 einer Behinderung häufig benachteiligt werden. Zur Stärkung der Teilhabe von
31 Menschen mit Behinderung muss dringend investiert werden, sodass Gebäude und
32 öffentliche Verkehrsmittel, aber auch Beschilderungen für alle Menschen zugänglich
33 sind. Das Thema Teilhabe von Menschen mit Behinderung umfasst jedoch noch viele
34 weitere Teilbereiche wie zum Beispiel Teilhabe an der Arbeitswelt oder politische
35 Teilhabe.

1 Als weiteres wichtiges Thema in diesem Bereich betrachten wir Verbesserungen im
2 Bereich der Pflege. Um gegen den hierzulande vorherrschenden Pflegenotstand
3 anzukämpfen, muss mehr Pflegepersonal eingestellt werden und der Personalschlüssel
4 in der Pflege erheblich erhöht werden, damit er den tatsächlich bestehenden
5 Bedarfen der jeweiligen Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen entspricht. Davon
6 erwarten wir uns sowohl für das Pflegepersonal als auch für die zu pflegenden
7 Personen erhebliche Verbesserungen.

8 Im Bezug auf das Thema Grundsicherung steht für uns die Überwindung der
9 verkorksten Agendapolitik an erster Stelle. Es gilt, an einer geeigneten Alternative zu
10 Hartz-Gesetzen zu arbeiten. Hierbei ist besonders wichtig, dass die Stärken und
11 Qualitäten der arbeitssuchenden Personen besonders gefördert werden und so das
12 für die jeweiligen Personen individuell passende Angebot gefunden wird. Wir sprechen
13 uns deutlich gegen jede Art von Sanktionen bei Nichtannahme der erhaltenen
14 Angebote, die zum Beispiel zu Kürzungen von Leistungen führen können, aus.

15 16 Arbeit und Chancengleichheit

17 Der Grundgedanke sozialdemokratischer und demokratisch-sozialistischer Politik ist es,
18 Soziale Ungleichheit zu bekämpfen und so gering wie möglich zu halten. Wir müssen
19 dafür sorgen, dass die Schere zwischen arm und reich, zwischen akademisch
20 gebildeten und "bildungsfernen" Personen nicht größer wird. Dabei gilt es, weniger
21 privilegierte Personengruppen gezielt zu fördern und von privilegierten Gruppen einen
22 höheren Beitrag zur Stärkung der Gesamtgesellschaft zu fordern. Hierbei halten wir die
23 Wiedereinführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern für eine längst überfällige
24 Maßnahme. Für uns als Jugendverband einer Partei, die eng mit den Gewerkschaften
25 zusammenarbeitet, ist es eine Herzensangelegenheit und eines der größten Ziele
26 unserer politischen Arbeit, für gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Bezahlung
27 der geleisteten Arbeit einzustehen. Hierbei ist wichtig, das Thema zukunftsfähig zu
28 diskutieren. Herausforderungen und Risiken, die sich beispielsweise durch die
29 fortschreitende Digitalisierung ergeben, gilt es mit passenden Strategien zu begegnen.
30 Wir tun gut daran, die durch die Digitalisierung entstehenden Chancen für uns zu
31 nutzen.

32 33 Internationales, Migration und Asyl

34 Der AK "Internationales, Migration und Asyl" beschäftigt sich mit der Außenpolitik in
35 Europa und darüber hinaus. Als ein besonders drängendes Thema in diesem Kontext

1 steht derzeit die Debatte um Migration und Asyl - einerseits mit den gewalttätigen oder
2 wirtschaftlichen Konflikten in den Fluchtländern, andererseits aber auch im Umgang
3 der EU und BRD mit diesem Thema. Der AK ist jedoch nicht auf dieses Thema begrenzt,
4 sondern kann sich auch mit anderen internationalen Themen wie beispielsweise dem
5 Brexit, der Zukunft Europas oder Konflikten wie beispielsweise in der Ukraine oder in
6 Korea befassen.

7
8 Wahlen

9 Europawahl 2019

10 Europa - das ist für unsere Generation selbstverständlich. Wir haben Freund*innen über
11 den ganzen Kontinent, wir arbeiten, studieren oder machen Praktika im europäischen
12 Ausland, wir reisen ohne Grenzkontrollen, wir leben in Frieden. Doch all diese Freiheiten
13 sind bedroht, wenn sich Entwicklungen weg von einer europäischen Einheit hin zu
14 separaten Einzelstaaten, die vor allem die eigenen Interessen im Fokus haben, weiter
15 fortsetzt. Bei der Europawahl im Mai 2019 wollen wir möglichst vielen Menschen klar
16 machen, dass die SPD für ein starkes, geeintes, solidarisches Europa steht.

17
18 Dazu werden wir im Vorfeld der Wahl eine Bustour durch alle interessierten Unterbezirke
19 und gemeinsame Veranstaltungen mit den Europakandidierenden veranstalten.

20
21 Kommunalwahl 2020

22 Als Bezirk wollen wir unsere Unterbezirke und Mitglieder empower, wenn es um die
23 Kommunalwahl geht.

24
25 Dies schließt ein Ruf-Seminar ein, bei dem wir die Themen, die junge Menschen
26 kommunal betreffen, besprechen sowie Tür-zu-Tür-Wahlkampf und
27 Wahlkampfaktionen vor Ort planen wollen.

28
29 Darüber hinaus wollen wir junge Kandidierende vernetzen und planen Workshops zum
30 Thema Kommunalpolitik auf dem Verbandscamp.

31
32 Neben einer gemeinsamen Kampagne, die auch im Kommunalwahlkampf eingesetzt
33 werden kann, unterstützen wir die Unterbezirke durch Medienpräsenz und teilen der
34 Inhalte über unsere sozialen Medien. Zusätzlich ist auch hier eine Bustour durch den
35 Bezirk angedacht, bei der wir einzelne Aktionen vor Ort mit den Unterbezirken

1 durchführen - immer auf die konkreten Themen vor Ort zugeschnitten.

2

3 Ausblick

4 Wie die vergangenen Jahre, so wird auch 2019 ein Jahr voller großer Aufgaben. Wir
5 wollen endlich in allen oberbayerischen Unterbezirken aktive Juso-Strukturen
6 aufbauen. Wir wollen gemeinsam für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in der
7 Gesellschaft kämpfen. Wir sind überzeugt, dass es die Sozialdemokratie in diesen
8 Zeiten mehr denn je braucht. Wir werden uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die
9 SPD nach links rückt und ihre Ziele klar, deutlich und mutig kommuniziert. Als Vorstand
10 der Jusos Oberbayern vertreten wir die rund 2500 Jusos in Oberbayern nach außen
11 und innerhalb der Partei. Unsere Ziele werden wir aber nur mit eurer Unterstützung
12 erreichen können. Wir zählen auf euch - packen wir's an.

Leitantrag

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Europa: demokratisch, solidarisch, gerecht

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen SPD-Bezirksparteitag, SPD-
Landesparteitag, SPD-
Bundesparteitag, Juso-
Landeskongress, Juso-
Bundeskongress

2 **I) Einleitung**

3 Europa verändert sich fortlaufend. Unsere Antworten auf die Probleme unserer Zeit
4 müssen sich diesem Wandel anpassen. Wir dürfen dabei aber nicht unser Ziel aus den
5 Augen verlieren: Ein freies, gerechtes, solidarisches Europa. Die europäische Idee sieht
6 sich wie nie zuvor existenziellen Anfeindungen ausgesetzt. Rassismus und Nationalismus
7 bedrohen unsere europäische Einheit. Die Banken sind gerettet, der Zwang zur
8 Sparpolitik führt aber noch immer Elend für die Menschen mit sich. Der drohende Brexit
9 und ein bewaffneter Konflikt an der Ostgrenze erschüttern unseren Kontinent. Die
10 Migrationsbewegungen sind zu einer der wichtigsten Aufgaben und
11 Herausforderungen der Politik geworden und haben unsere Gesellschaft entzweit. Wir
12 Sozialist*innen sind deshalb gerade besonders in der Pflicht, Europa zu verteidigen - als
13 die einzige Kraft in Europa, die schon immer voller Mut und Überzeugung für
14 Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit gekämpft hat. Nur gemeinsam mit unseren
15 europäischen Schwesterparteien können wir unsere europäische Idee wieder
16 anpacken, nämlich für ein freies, gerechtes und solidarisches Europa zu kämpfen.

17

18 **II) Das Europa der Zukunft**

19 Europa braucht eine neue Ausrichtung. Wir haben eine Vision und wir schreiten auf
20 diesem Weg mutig voran, um die Vereinigten Staaten von Europa zu realisieren.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

1) Demokratie

Das Demokratieverständnis innerhalb der EU ist noch sehr ausbaufähig. Eine demokratische Europäische Union muss dafür Sorge tragen, dass ihre Strukturen sich so verändern, dass die Menschen in Europa wieder über Wahlen und andere Beteiligungsformate der Politik spürbar eine Richtung geben. Wir sehen mit Sorge, dass sich seit der Finanzkrise in den Jahren 2008/2009 mehr und mehr europäische Strukturen gebildet haben, die keinerlei demokratischer Kontrolle unterliegen. Die einzelnen Mitgliedstaaten versuchten in den vergangenen Jahren zunehmend, ihre Eigeninteressen durchzusetzen, vor allem bei der Eurorettung und der Migrationspolitik.

Die Etablierung neuer, von demokratischer Legitimation losgelöster Politikstrukturen wie der Troika haben die europäische Demokratie nachhaltig erschüttert. Auch die über die letzten Jahrzehnte etablierten Agenturstrukturen, die sich der demokratischen Kontrolle entziehen, obwohl sie als handlungsmächtige Akteurinnen innerhalb der Europäischen Union wirken (siehe bspw. Frontex), entspricht nicht unseren Vorstellung einer demokratisch ausgestalteten Union. Eine solche EU ist nicht unsere EU. Für uns müssen die demokratischen Errungenschaften, die in den einzelnen Ländern über Jahrhunderte erkämpft werden mussten, auch auf überstaatlicher Ebene gelten

a) Parlament

Das Parlament ist die Vertretung und Stimme des Volkes. Ein starkes Parlament trägt dazu bei, alle Schichten der Gesellschaft einzubinden, es führt die erforderlichen Debatten und kann dadurch Spaltungen der Gesellschaft vermeiden.

Wir wollen daher das Europäische Parlament stärken und erreichen, dass es nicht nur ein symbolisches, sondern ein vollwertiges Parlament ist. Dafür sind insbesondere das Recht, Gesetzesvorschläge einzubringen, und das Haushaltsrecht über die Ausgaben der EU erforderlich.

Außerdem fordern wir die Einführung einer zweiten Kammer des Parlaments, die den bisherigen Minister*innenrat und den Europäischen Rat ersetzen soll. Diese Zweite Kammer soll aus demokratischen Repräsentant*innen bestehen und neben der Ersten Kammer in ihren Rechten und Pflichten gleichwertig sein. Insbesondere sollen Gesetze künftig nicht allein durch die Länderkammer beschlossen werden können. Anstelle des bisher geltenden Einstimmigkeitsprinzips soll künftig vermehrt auch eine qualifizierte $\frac{2}{3}$ Mehrheit der Mitgliedstaaten für die Beschlussfassung ausreichend sein, so dass

1 einzelne Staaten wichtige Entscheidungen nicht mehr blockieren können.

2
3 Durch eine dritte Kammer als Vertretung sozialer, wirtschaftlicher und
4 zivilgesellschaftlicher Körperschaften sollen klare institutionelle Strukturen geschaffen
5 werden, um zivilgesellschaftliche Interessen zu kanalisieren, klare Regeln für
6 Bürger*inneninitiativen zu schaffen und die Schwäche direktdemokratischer Elemente
7 auszugleichen.

8
9 Der Wirtschafts- und Sozialausschuss und der Ausschuss der Regionen bleiben als
10 beratende Gremien erhalten. Letzterer bekommt ein aufschiebendes Vetorecht bei
11 Gesetzesentwürfen, die speziell die Regionalpolitik betreffen.

12 13 *b) Exekutive*

14 Neben dem Parlament als starker legislativer Gewalt brauchen wir künftig auch eine
15 vollwertige Exekutive in der Europäischen Union. Diese Exekutive soll nicht mehr nur als
16 ein "verlängerter Arm" der Mitgliedstaaten nationalen Interessen dienen, sondern vom
17 Parlament kontrolliert und über demokratische Wege gebildet werden. Die
18 Kommission soll zu einer echten europäischen Regierung werden, deren Präsident*in
19 vom Parlament gewählt und die vom Parlament kontrolliert wird. Der
20 Entwicklungsprozess dahin muss demokratisch und transparent sein und die Zeit
21 bekommen, die er braucht.

22 23 *c) Judikative*

24 Auch bei der Dritten Gewalt, der Judikative, ist eine Weiterentwicklung nötig.
25 Das Europäische Gericht muss gestärkt und der Europäische Gerichtshof zu einem
26 Verfassungsgericht ausgebaut werden. Einer vollwertigen Exekutive und Legislative ist
27 eine starke und funktionierende Judikative entgegenzustellen, deren Aufgabe
28 insbesondere der Schutz von Demokratie, Föderalismus, Sozialstaat, Rechtsstaat und
29 antifaschistischem Selbstverständnis ist. Auch hier muss der Prozess demokratisch und
30 transparent verlaufen.

31 32 2) Zur europäischen Verfassung

33 Europa steht an einem Scheideweg. In den letzten Jahren hat sich vor allem die Frage
34 nach kleinen Veränderungen Europäischen Union gestellt. Nach mehreren Krisen ist
35 jedoch das gesamte bisherige System auf dem Prüfstand.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Insbesondere die Finanzkrise in den Jahren 2008 und 2009 hat gezeigt, dass allein der Glaube an wirtschaftliches Wachstum und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht ausreicht, um ein solidarisches Zusammenleben in Europa zu ermöglichen. Der Kapitalismus steckt in einer Krise. Griechenland ist neben Portugal, Spanien und Italien das bekannteste Beispiel dafür, wie Solidarität der Länder untereinander mehrfach aufgeköndigt und dadurch eine Spirale nach unten eröfnet wurde.

Nicht zuletzt daraus erwuchs der gesteigerte Zulauf an Wähler*innen für rechtspopulistische, nationalistische und faschistische Parteien. Durch die fehlende demokratische Legitimierung der Europäischen Institutionen wurde die Abwendung der Menschen vom Prozess der Europäischen Vereinigung noch verstärkt.

Umso mehr sehen wir es als Aufgabe der Sozialdemokratischen Bewegung, den Glauben in demokratische Institutionen, sozialen Zusammenhalt und ein gerechtes demokratisches Miteinander sicherzustellen und aufzubauen.

Unser Ziel ist eine demokratische Europäische Verfassung mit sozialen Grundprinzipien.

a) Ein neues Europa vereint unter einer Verfassung

Die von uns geforderte Europäische Verfassung soll der EU eine einheitliche Rechtsstruktur geben und die EU endlich zu einer Sozialunion machen.

Für die Ausarbeitung einer neuen europäischen Verfassung fordern wir die Gründung eines europäischen Verfassungskonvents ("Kontinentaler Konvent"). Dieser Konvent soll zusammengesetzt sein aus Vertreter*innen der Parlamente sowie der Zivilgesellschaft. Die europäische Verfassung wollen wir über das Europäische Parlament, die Parlamente der Mitgliedsstaaten und ein europaweites Referendum beschließen und in Kraft treten lassen.

Diese Verfassung wird beschlossen durch:

- 1) eine 2/3-Mehrheit des europäischen Parlaments und
- 2) ein europaweites Referendum

1 Dabei sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, über den Entstehungsprozess und den
2 Inhalt der Verfassung zu informieren.

3 4 *b) Ein neues Europa der sozialen Sicherheit*

5 Diese Europäische Verfassung soll den bestehenden demokratischen
6 Grundrechtekatalog und das Recht auf Arbeit sicherstellen sowie die Mechanismen
7 einer sozialen Arbeitsmarktsteuerung definieren. Sozialpartner*innenschaft und
8 Kommissionen für soziale Standards müssen mit Verfassungsrang gesichert werden.
9 Die Entwicklung eines europäischen Sozialstaates ist unserer Auffassung nach die
10 dringend notwendige Antwort für die europäische Krise. Europa wie wir es heute
11 kennen ist gewachsen als ein Europa der Zollunion und Warenfreiheit, mit dieser rein
12 kapitalistischen Logik Europas wollen wir brechen. Soziale Absicherungssysteme sind
13 die sozialdemokratische Antwort auf individuelle Risiken. Diese sind bisher in den
14 Nationalstaaten unterschiedlich ausgebaut, mit unterschiedlichen Traditionen und
15 dahinter stehenden Überlegungen. Wir wollen über die festgelegten und in Teilen
16 leider nur für manche Länder Europas auch in der EU geltenden
17 Sozialrechtsstandards (bspw. im Europäischen Fürsorgeabkommen, in Teilen in den
18 EU-Verträgen über Arbeitsrechtsstandards usw.) hinaus weiter denken.

19
20 Alle Menschen in Europa stehen unterschiedlichen durch ihre jeweiligen
21 Lebensverhältnisse beeinflussten Risiken gegenüber. Sozialdemokratie möchte diese
22 schon immer kollektiv und gesamtgesellschaftlich absichern. Ausgangspunkt
23 sozialdemokratischer Politik sind dabei die Arbeitsverhältnisse, da Arbeit für uns den
24 zentralen gesellschaftlichen Integrationspunkt darstellt. Für alle im Folgenden
25 beschriebenen Risiken müssen langfristig europäische staatliche
26 Anspruchsvoraussetzungen entstehen und die nationalstaatlichen Regelungen ohne
27 jedwede Schlechterstellung vorhandener Ansprüche in europäische überführt
28 werden:

- 29 • Wir wollen das durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bedingte
30 Risiko der Arbeitslosigkeit genauso wie das der Armut absichern. Beide sind
31 nicht in den mangelnden Einsatzbereitschaft oder Anstrengungen von
32 Individuen begründet sondern primär Produkt der gesamtgesellschaftlichen
33 Umstände.

- 1 • Des Weiteren gehören Gesundheitsrisiken, ob durch Arbeit bedingt oder
2 davon unabhängig und Pflegebedürfnisse ob vor, im oder nach dem
3 Arbeitsleben entstanden, hinzu.
- 4 • Der letzte Lebensabschnitt soll nach nach unserem Dafürhalten frei von
5 Erwerbsarbeitszwang sein und in diesem soll ermöglicht sein den bisherigen
6 Lebensstandard zu halten.
- 7 • Ein letztes besonderes Augenmerk ist die Absicherung vor dem Erwerbsleben,
8 in dem Kinder unabhängig von dem sozio-ökonomischen Umfeld ihrer
9 Erziehungspersonen ebenfalls vor dem Risiko faktischer Armut abgesichert sein
10 müssen.

11
12 Grundlegend ist für uns, dass die zu bildende europäische Arbeitslosenversicherung
13 wie auch die europäische Armutsbekämpfung, die europäische Gesundheits- und
14 Pflegeversicherung sowie die europäische Rentenversicherung nicht nur über
15 Einzahlungen von Arbeitnehmer*innen geschaffen werden, sondern über eine
16 Installierung einer europäischen Besteuerung transnationaler wie nationaler
17 Unternehmen sowie von Kapitaleinkünften grundfinanziert wird

18 19 *c) Ein neues Europa der demokratischen Grundprinzipien*

20 Die Struktur der Hoheitsaufgaben der Union und ihrer Mitgliedsstaaten muss
21 grundlegend überarbeitet werden. Wir sehen die Union dabei als ein föderal
22 organisiertes, souveränes gesellschaftliches Gebilde. Das Kontinentale Konvent wird
23 das europäische Gemeinschaftsprojekt nach sozialen und demokratischen
24 Gesichtspunkten umbauen.

25
26 Ohne ein starkes Parlament kann kein funktionierendes Staatsgebilde geformt werden.
27 Insbesondere das Gesetzgebungs- und Haushaltsrecht sind für eine Volksvertretung,
28 die den Namen verdient, unerlässlich. Nur ein effektives und aktives Parlament, das
29 sich für die Interessen seiner Bürger*innen einsetzt, kann neues Vertrauen in das
30 Europäische Projekt herstellen.

31
32 Dem parlamentarischen Prozess räumen wir hierbei eine dreifache Repräsentanz ein.
33 An diesem sind die Vertreter*innen gewählt aus der Gesamtheit aller in der
34 Europäischen Union lebenden Menschen, die Vertreter*innen aller Regionen der Union
35 und die Vertreter*innen der sozialen, wirtschaftlichen, gemeindlichen und kulturellen

1 Körperschaften beteiligt.

2
3 Unser Europa ist eine parlamentarische Demokratie mit einem Drei-Kammer-System, in
4 dem eine direkt gewählte erste Kammer mit Initiativrecht und Budgethoheit einer
5 regional organisierten zweiten Kammer gegenübergestellt ist. Die komplett neu
6 geschaffene dritte Kammer repräsentiert die großen der sozialen, wirtschaftlichen,
7 bürger*innenrechtlichen und kulturellen Körperschaften wie Gewerkschaften und
8 Umweltverbände und hat das Initiativrecht für eine europäische
9 Bürger*innenbefragung. Die Exekutive wird ausschließlich vom Parlament bestimmt.

10
11 Demokratie lebt von der Beteiligung der Menschen. Das Konstrukt der Union und seiner
12 Mitgliedsstaaten muss so gestaltet sein, dass Demokratie erlebbar auf allen Ebenen ist
13 und bleibt. Dies bedeutet neben der Organisation in Nichtstaatlichen Organisationen,
14 sowie Parteien und Gewerkschaften auf kommunaler, regionaler wie nationaler Ebene
15 auch ein funktionierendes, gerechtes europäisches Wahlrecht, sowie ein
16 funktionierendes Parteiensystem.

17
18 Die Zeiten, in denen sich Regierungen im Europäischen Rat über den Willen der
19 gewählten Volksvertreter*innen hinwegsetzen und damit das Grundprinzip
20 repräsentativer Demokratie in Frage stellen konnten, sind vorbei. Wir wollen
21 sicherstellen, dass Europas Menschen ebenso wie die Regionen dieses Kontinents
22 repräsentiert sind und an der Bildung des rechtlichen Rahmens beteiligt sind.

23
24 Die Menschenrechte sind das Fundament einer demokratischen Gesellschaft und für
25 uns nicht verhandelbar. Voraussetzung für ein gerechtes Europa ist eine soziale und
26 demokratische Grundordnung. Daher definieren wir Grundprinzipien unseres
27 europäischen Gemeinwesens. Diese bilden das Grundgerüst des jungsozialistischen
28 europäischen Verfassungstrebens.

- 29
30 1. Alle Macht geht vom Europäischen Volke aus, das im gesamten Gebiet der
31 Europäischen Union lebt. Die Menschen Europas bestimmen in Wahlen und
32 Abstimmungen nach dem Mehrheitsprinzip die Organe der Europäischen Union
33 und deren Gesetzgebung. Unser Europa ist ein demokratisch organisierter
34 Staat.
- 35 2. Europa steht solidarisch mit allen, die der Hilfe bedürfen. Dies geht nur wenn alle

1 Menschen Hand in Hand miteinander leben, arbeiten und füreinander
2 eintreten. Es gilt das Prinzip, dass sich jede Person auch nach ihren*seinen
3 materiellen Bedürfnissen frei entfalten kann. Unser Europa ist ein sozialer Staat.

4 3. Jede einzelne Ebene der Demokratie und Verwaltung muss für die Aufgaben
5 zuständig sein, die am besten zu ihr passen. Dabei muss ein gerechter Ausgleich
6 zwischen einer zentralen Konzentration von Macht und der
7 Gestaltungsmöglichkeiten der einzelnen Mitgliedstaaten gefunden werden. Wir
8 stehen für ein Europa der Selbst- und Mitbestimmung seiner Menschen. Um
9 diese Ziele zu erreichen brauchen wir eine Organisation in Form der einzelnen
10 Mitgliedstaaten, weshalb die Antwort nur ein regionales und föderales Europa
11 sein kann. Um das friedliche Zusammenleben zu sichern, ist die Wahrung von
12 Freiheiten institutionell zu gewährleisten. Europa hat die Grund- und
13 Menschenrechte aller Verfassungen seiner Mitgliedstaaten zu achten und zu
14 verteidigen. Die Union garantiert und sichert das ungehinderte Funktionieren
15 horizontaler wie vertikaler Gewaltenteilung. Europa ist ein Rechtsstaat.

16 4. Aus der Tradition des Kampfes gegen Faschismus, Nationalsozialismus und
17 Tyrannei aus der Zwischenkriegszeit, des zweiten Weltkriegs und seiner
18 ideologischen Nachfolger*innen und Mitstreiter*innen steht Europa für uns
19 vereint im Kampf gegen rechten Radikalismus, Menschenfeindlichkeit und
20 Verhetzung. Europa fußt daher auf dem Fundament des Antifaschismus.

21 5. Die Union beruht auf den Werten der Achtung der Menschenwürde, Freiheit,
22 Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit einschließlich der Rechte
23 Angehöriger von Minderheiten. Diese Werte sind den Mitgliedern in der
24 europäischen Gesellschaft gemeinsam, in der Pluralismus, Nichtdiskriminierung,
25 Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichstellung von Frauen und
26 Männern selbstverständlich sind.

27
28 Für uns ist klar, dass eine demokratische Ordnung nur durch größtmögliche
29 demokratische Freiheiten und Rechte sichergestellt werden kann. Daher fordern wir
30 europaweite einheitliche Listen der Parteien für die Wahl des Europäischen Parlaments
31 an Stelle von 28 nationalen Einzelwahlen mit 28 unterschiedlichen Wahlsystemen.
32 Somit wird in Zukunft jede Stimme das gleiche Gewicht haben. Gleichzeitig muss
33 Deutschland als bislang größter Mitgliedsstaat der EU dafür Sorge tragen, dass kleinere
34 Mitgliedsstaaten und deren Angehörige weiter angemessen auf allen europäischen
35 Entscheidungsebenen repräsentiert sind. Um dem regionalen und föderalen Element

1 bei Wahlen Rechnung zu tragen, setzen wir uns auf Basis der Gleichgewichtung aller
2 Stimmen für eine Weiterentwicklung des Wahlsystems im europäischen Sinne ein, um
3 klarzustellen, dass es sich um eine ganz Europa betreffende Wahl handelt. Dafür
4 streben wir die Einrichtung transnationaler, regionaler Mehrpersonenwahlkreise an.

5
6 Ebenso fordern wir die Trennung des Wahlrechts von der Staatsbürgerschaft. Wir
7 wollen, dass alle Menschen, die sich mindestens seit drei Monaten dauerhaft an einem
8 Wohnsitz innerhalb der EU aufhalten und die die entsprechenden Wahlalter erreicht
9 haben, in der Europäischen Union das Wahlrecht erhalten. Grundlage jeder Diskussion
10 über Partizipation in Europa und die Aufwertung des europäischen Parlaments muss
11 damit eine Vereinheitlichung des Wahlrechts in Europa sein, die zum gleichen Gewicht
12 jeder europäischen Stimme führt, ganz gleich aus welcher Nation oder für welche
13 Partei sie abgegeben wird.

14
15 Ferner fordern wir ebenso im Bereich des Wahlalters eine möglichst große Partizipation
16 der Menschen in Europa und daher ein aktives und passives Wahlalter ab 14 Jahren.

17 18 III) Das Europa von Morgen

19 Doch auch schon heute gilt es nicht nur zu träumen, sondern die ersten Schritte hin zu
20 den Vereinigten Staaten von Europa zu gehen, indem wir die Probleme von heute
21 anpacken und lösen.

22 23 1) Europa der klaren Mitgliedschaft

24 Europa bedeutet Gemeinschaft und Solidarität. Es soll wachsen und jeder
25 Mitgliedstaat seinen gleichberechtigten Platz innerhalb der Union finden. Im Lichte des
26 Brexit und des Erstarkens der antieuropäischen Parteien in vielen Ländern ist zu
27 befürchten, dass nicht nur in Großbritannien über einen Austritt nachgedacht wird.
28 Das Ziel muss sein, die EU so attraktiv wie möglich zu machen und klarere Regeln zu
29 schaffen, wenn es um das Verlassen der Europäischen Union geht.

30
31 Derzeit ist das Austrittsverfahren in Art. 50 des Vertrags über die Europäische Union
32 (EUV) geregelt. Nach der Erklärung des Austritts hat der betroffene Mitgliedsstaat zwei
33 Jahre Zeit, um die EU zu verlassen. Während dieser Zeit kann der austrittswillige Staat
34 aber nicht mehr mitentscheiden, wenn es um Entscheidungen der EU zum Austritt geht.
35 Eine Fristverlängerung kann nur einstimmig durch die Mitgliedstaaten beschlossen

1 werden. In Art. 50 EUV ist außerdem das Prinzip verankert, dass kein Mitgliedstaat
2 gezwungen werden kann, die EU zu verlassen. Dies bedeutet dass eine
3 Austrittserklärung bis zum Ablauf der zwei Jahre nur einseitig zurückgenommen werden
4 kann. Der bis dahin stattgefundene Austrittsprozess ist dann als hinfällig zu betrachten.

5
6 Der so bestehende Art. 50 EUV wirft daher verschiedene Probleme auf. Durch die
7 Möglichkeit, die Austrittserklärung in den zwei Jahren jederzeit einseitig wieder
8 zurückzunehmen, macht sich die EU erpressbar. Staaten fällt es leicht, mit einem
9 Austritt zu drohen und sogar den Prozess in Gang zu setzen, wenn sie wissen, dass sie
10 innerhalb eines Augenblicks alles ungeschehen machen können. Dieses Problem
11 besteht aber auch andersrum. Will ein Mitgliedstaat ernsthaft austreten und die
12 Verhandlungen sind nach zwei Jahren noch nicht abgeschlossen, könnten Ansprüche
13 an den austretenden Mitgliedstaat gestellt werden, um der nur einstimmig möglichen
14 Fristverlängerung zuzustimmen und so einen harten Exit zu verhindern.

15 Deshalb fordern wir, die EU weniger erpressbar zu machen, indem man zum einen eine
16 Kostenregelung in den Art. 50 EUV aufnimmt, nach der der austretende Mitgliedstaat
17 gemäß seinem Bruttoinlandsprodukt an den Kosten des Austrittsprozesses beteiligt wird
18 - unabhängig davon, ob der Austritt vollzogen wird oder nicht. Zum anderen soll der
19 austretende Mitgliedstaat auch an keinen Entscheidungen mehr beteiligt sein, die
20 einen längerfristigen Zeitraum betreffen als zwei Jahre. Das gilt allerdings nur für den
21 Rat und nicht im Parlament.

22 Wir fordern außerdem, dass Mitgliedstaaten, die wirklich austreten wollen, nicht
23 erpressbar sein dürfen. Deshalb soll die in Art. 50 II EUV verankerte einstimmige
24 Entscheidung zur Fristverlängerung in eine Mehrheitsentscheidung umgewandelt
25 werden.

26 27 2) Miteinander Leben

28 Die Welt wird immer kleiner, doch trotzdem entfernen sich die Europäer*innen
29 zunehmend voneinander. Die Spaltung zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und
30 West nimmt immer weiter zu. Hinzu kommen nationalistische, isolationistische und
31 separatistische Bewegungen, die ihr Land zu einer geschlossenen Gesellschaft nur für
32 geladene Gäste machen wollen. Der Gedanke der europäischen Gleichheit und
33 Einigkeit keimt aber dennoch, wie man bei Bewegungen wie Pulse of Europe sehen
34 konnte. Es muss uns also ein großes Anliegen sein, die Kulturen zu verbinden, die
35 Kommunikation untereinander zu stärken und ein Gemeinschaftsgefühl zu schaffen.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

a) Europäische Öffentlichkeit

Eine europäische Öffentlichkeit trägt zur Identitätsfindung bei, bringt die Menschen in einem solidarischen Verständnis näher zueinander und trägt zur Überwindung nationalstaatlicher Identitäten und für größere Zustimmung zur Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa bei. Daher müssen Europäische Entscheidungen transparenter werden. Dafür brauchen wir mehr gemeinsame europäische Medien, denn nur so kann ein Machtzuwachs Europas legitimiert werden. Die zunehmende Verbreitung und Erstellung von Nachrichten im Internet und auf sozialen Medien können dazu dienen, eine europäische Öffentlichkeit zu befördern, da in Echtzeit alle Europäer*innen die bereitgestellten Informationen produzieren, konsumieren und teilen können. Diese Potentiale gilt es stärker zu nutzen, ohne dabei die Risiken zu missachten.

b) Sprache verbindet

Europa zeichnet sich durch eine Vielfalt an Kulturen und Sprachen aus, die es zu erhalten und fördern gilt. Wir halten an der Sprachpolitik der EU fest, die die Dreisprachigkeit aller Europäer*innen durch Sprachunterricht ab früher Kindheit nach der Formel „Muttersprache+2“ fördert. Wir sind überzeugt, dass der Fremdsprachenunterricht mit Eintritt in die Grundschule beginnen sollte. Wir halten das Ziel einer Dreisprachigkeit für richtig, um die Kommunikation aller Europäer*innen miteinander zu fördern. Zudem müssen flächendeckend kostenlose Sprachkurse angeboten werden, um den Menschen auch nach der Schulzeit das nachträgliche Erlernen weiterer Sprachen zu ermöglichen.

c) Europa verbinden

Für den kulturellen, zwischenmenschlichen und geschäftlichen Austausch unter europäischen Bürger*innen, und damit das Zusammenwachsen von Europa, ist Mobilität von großer Bedeutung. Um die Mobilität von Menschen und auch Gütern innerhalb Europas zu ermöglichen, bedarf es einer europäischen Verkehrsinfrastruktur. Diese Verkehrsinfrastruktur soll im Besitz der Allgemeinheit sein und allen europäischen Bürger*innen diskriminierungsfrei und kostenfrei zur Verfügung stehen. Verkehrsinfrastrukturprojekte von europäischer Bedeutung werden auf europäischer Ebene unter Einbindung der beteiligten Staaten beschlossen. Diese Projekte sind im Interesse der Allgemeinheit zu einem festgelegten Datum verbindlich umzusetzen, um

1 einen „Flickenteppich“ zu vermeiden. Wir verweisen an dieser Stelle auf eine
2 Kompetenzverteilung im Rahmen der von uns geforderten Subsidiarität. Dies
3 bedeutet, dass lokale Verkehrsinfrastrukturprojekte lokal entschieden und projektiert
4 werden sollen. Projekte von europäischer Bedeutung müssen dagegen auf
5 europäischer Ebene entschieden und durchgeführt werden.

6 Der Ausbau der Schieneninfrastruktur sowie von Einrichtungen für den kombinierten
7 Verkehr soll priorisiert werden, um den Kohlenstoffdioxidausstoß zu verringern. Durch
8 den Ausbau eines Schienennetzes mit Hochgeschwindigkeitsverbindungen sollen
9 Flüge zwischen europäischen Großstädten reduziert werden. Durch die europaweite
10 Aufhebung der Mehrwertsteuerbefreiung von Flugtickets soll die
11 Wettbewerbsfähigkeit des umweltverträglicheren Schienenverkehrs erhöht werden.
12 Eine Förderung des Nachtzugverkehrs zum Verbinden europäischer Metropolen ist
13 anzustreben. Zur Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sind
14 grenzüberschreitende Verkehrsverbünde auszuarbeiten um mit durchgehenden
15 Verbindungen Hindernisse für Berufspendler*innen und Reisende im
16 grenzüberschreitenden Regionalverkehr abzubauen. Die Notwendigkeit von offenen
17 Grenzen wird hierbei unterstrichen.

18
19 Insbesondere für junge Menschen ist es wichtig, in Europa mobil zu sein und Europa
20 erfahren zu können. Deshalb fordern wir bereits jetzt ein kostenloses Interrailticket zum
21 18. Geburtstag. Grundsätzlich sollen alle Mobilitätsdienstleistungen in sämtlichen
22 Verkehrssektoren, bis die Verkehrsinfrastruktur kostenlos nutzbar ist, für Jugendliche
23 unter 26 Jahren vergünstigt zur Verfügung gestellt werden. Dies muss unabhängig von
24 Rabattprogrammen erfolgen, allein das Alter muss ein ausreichendes Kriterium
25 darstellen.

26
27 Mobilitätsprogramme wie ERASMUS+, die nicht nur auf das Reisen beschränkt sind,
28 leisten einen wertvollen Beitrag, junge Menschen aus ganz Europa während des
29 Studiums oder der Ausbildung in Kontakt zu bringen. Diese Programme gilt es weiter zu
30 fördern und auszubauen. Darüber hinaus wünschen wir einen verstärkten Austausch
31 unter europäischen Bürger*innen in sämtlichen Lebensphasen. Die Schaffung und
32 Förderung von regelmäßigen Austauschprogrammen im ehrenamtlichen Bereich, z. B.
33 bei Sport-, Musik- und Kulturvereinen, soll Menschen aus allen gesellschaftlichen
34 Schichten vereinen. Nur aus einer Kombination von physischer und sozialer Vernetzung
35 kann ein gemeinsames europäisches Verständnis geschaffen werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

3) Soziale Gerechtigkeit

Der Neoliberalismus und die Sparzwänge in den letzten Jahren haben in Europa eine Spur der Verwüstung hinterlassen. Sie haben erst die Bühne bereitet für nationalistische Bewegungen, Abschottung und Existenzangst. Die Armut in Europa wächst; trotz Überwundener Wirtschaftskrisen lebt noch immer ein Viertel der Europäer*innen in Armut oder ist davon bedroht. In manchen Mitgliedsstaaten sind es sogar bis zu 38,9 %. Die Jugendarbeitslosigkeit ist riesig, die soziale Infrastruktur verfällt oder existiert bereits gar nicht mehr.

a) Sozialstaatlichkeit

Daher brauchen wir als Antwort einen klaren gesellschaftlichen Konsens für Gerechtigkeit und Solidarität. Unser Verteilungskampf darf nicht an der Staatsgrenze aufhören, er muss europäisch ausgetragen werden. Künftig versuchen wir all unsere Forderungen auch auf Europäischer Ebene durchzusetzen. Die wichtigste Aufgabe der Union muss die grundsätzliche Absicherung aller Europäer*innen sein.

Wir wenden uns dabei klar von der schwarzen Null ab. Der Sparzwang und massive Privatisierungen haben dazu geführt, dass Gesellschaften auseinanderdriften, Menschenrechte in Frage gestellt werden und eine zunehmende Verelendung der Menschen stattfindet.

Als eine wesentliche Ursache sozialer Ungleichheit, Spaltung und Abgrenzung erkennen wir den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Während im Rahmen der so genannten „Wettbewerbsfähigkeit“ Rationalisierungen an Arbeitsprozessen beschlossen werden, sinken die Löhne. Arbeitnehmer*innen haben kaum Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren. Dieser Widerspruch zwischen der geleisteten Arbeit und dem Kapital kennzeichnet alle kapitalistischen Systeme und äußert sich europaweit ganz konkret in prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen.

Sozialer Ungleichheit stellen wir das Prinzip der Sozialstaatlichkeit im Rahmen eines sozialen Europas entgegen. Wir stellen uns die Frage nach Sozialstaatlichkeit und antworten entsprechend unserer Idee von Europa: Die wichtigste Aufgabe des Sozialstaates ist die Grundsicherung aller Menschen, die in Europa leben. Der Ausgangspunkt eines Sozialstaats muss die soziale Gleichheit sein - gerade in Zeiten, in denen sich der Widerspruch zwischen Vermögenden und Lohnabhängigen immer

1 mehr verstärkt.

2

3 *Wirtschaftliches Wachstum und Kohäsion*

4

5 Die wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Mitgliedsstaaten weist bis heute
6 eine große Disparität auf. Das Gefälle zwischen Süden und Norden sowie zwischen
7 Osten und Westen der Union trägt bis zum heutigen Tage gekoppelt an eine
8 neoliberale Wirtschaftsordnung dazu bei, dass soziale Unterschiede verstärkter zu Tage
9 treten. Die Finanzkrise hat diesen Unterschied nur verstärkt und beschleunigt.

10

11 Aufgabe sozialdemokratischer Politik muss es sein, diese Logik zu brechen. Aus diesem
12 Grund ist ein Investitionsfonds zu etablieren, der einfach und unbürokratisch Mittel zum
13 Aufbau von Infrastruktur im wirtschaftlichen, sozialen sowie im Energie- oder
14 Bildungsbereich sicherstellt. Ziel ist es, die wirtschaftliche Stärke und Innovationskraft
15 innerhalb der europäischen Regionen mittelfristig anzugleichen, aus der eine
16 Steigerung des Lebensstandards und Kaufkraft resultieren soll.

17

18 Der Fonds finanziert sich aus einer europaweiten Abgabe, die direkt an die
19 Unionskasse abzuführen ist.

20

21 *b) Arbeitsmarktpolitik*

22 aa) Mindestlohn

23 Wir fordern die Schaffung eines europaweiten gesetzlichen Mindestlohns, bei dem
24 anders als in Deutschland nicht eine klare Zahl festgelegt wird, sondern je nach Land
25 ein Spielraum verbleibt, sowie vergleichbare Arbeits- und Ausbildungsbedingungen in
26 allen Mitgliedsstaaten. Dadurch sichern wir einen schrittweisen, aber auch sichtbaren
27 und spürbaren Weg hin zur Angleichung der Arbeits- und Lohnbedingungen in der
28 Europäischen Union und damit mehr soziale Gerechtigkeit innerhalb der EU. Dazu
29 gehört für uns ebenso als fundamentales Prinzip der Gedanke der gleichen Entlohnung
30 für gleich(wertige) Arbeit am gleichen Ort.

31 Wo die Steuerungsmechanismen des Arbeitsmarktes versagen, ist durch die Union mit
32 einem staatlichen Arbeitsmarktprogramm entgegenzuwirken. Insbesondere in
33 Bereichen, die nicht dem profitorientierten Wirtschaften zuzurechnen sind, ist ein
34 europaweiter Arbeitsmarkt für soziale Berufe und Sicherstellung von Infrastruktur
35 einzurichten. Dieser umfasst im Besonderen sensible Bereiche wie Pflege,

1 Gesundheitsversorgung, Bahnverkehr und Versorgung mit
2 Telekommunikationsinfrastruktur sowie der allgemeinen Daseinsvorsorge.

3
4 Grundvoraussetzung für gute Arbeit ist eine gute Ausbildung. Wir wollen auch hier
5 Vergleichbarkeit und Mindeststandards einführen. Oberste Prämissen sind hierbei
6 Sicherheit und gute Perspektiven für Auszubildende. Daher soll ein vergleichbarer
7 Standard dualer Ausbildung, ähnlich dem deutschen Modell, ausgearbeitet werden.
8 Um auch in der Ausbildung einen fairen Lohn sicherzustellen, fordern wir weiter einen
9 europäischen Mindest(auszubildenden)-Vergütungskorridor, also einen
10 festzulegenden Rahmen für Vergütungen, der den Lebenshaltungskosten in den
11 einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung trägt; außerdem eine anschließende
12 Übernahmegarantie zu Ende der Ausbildungen. Die europäische Wirtschaft ist hierbei
13 angehalten in einen solidarischen Ausbildungsfonds einzuzahlen, um die Kosten
14 gerecht zu verteilen.

15
16 bb) Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung

17 Flächendeckende, allgemeinverbindliche durch die Sozialpartner*innen
18 ausgehandelte Tarifverträge sind das Ziel unseres lohnpolitischen Strebens. Tariffucht
19 oder gar die Vermeidung von Einbindung in tarifliche Verpflichtungen wollen wir auf
20 europäischer Ebene gesetzlich unterbinden.

21
22 Wir fordern ein europäisches Streikrecht und betriebliche Mitbestimmung in allen
23 Mitgliedstaaten. Die gleichberechtigte Beteiligung europäischer Betriebsrät*innen am
24 politischen Prozess ist Zielsetzung unseres politischen Handelns. An europäischen
25 Verhandlungstischen sind Gewerkschaften als eine*r der maßgeblichen
26 gesellschaftlichen Akteur*innen mindestens gleichberechtigt mit den anderen
27 Partner*innen zu beteiligen. Um dieses sicherzustellen, ist ein europäische gesetzliche
28 Regelung zu schaffen.

29
30 Dieses Ungleichgewicht in der Vertretung von Arbeit und Kapital in Europa gilt es zu
31 beseitigen. Es ist nötig, die Gewerkschaftsbewegung auch auf europäischer Ebene so
32 zu stärken, dass sie den Kampf für soziale Standards und Demokratisierung aller
33 gesellschaftlichen Bereiche mittragen kann. Internationalen Betrieben müssen
34 Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen entgegenstehen, die
35 Interessen der Belegschaften auch auf internationaler Ebene verteidigen können. Die

1 Bedingungen für gute Arbeit und guten Lohn dürfen nicht länger an nationalen
2 Grenzen haltmachen. Das bedeutet konkret etwa eine Schärfung bestehender
3 Entsenderichtlinien.

4 5 cc) Rechtsanspruch auf Arbeit

6 Wir fordern die Einführung eines EU-weiten Rechtsanspruchs auf Arbeit. Dabei stellt die
7 EU die Finanzierung bereit und die jeweilige Kommune den Arbeitsplatz. Die
8 Beschäftigung erfolgt mindestens auf Mindestlohniveau, soll aber weder bestehende
9 öffentliche noch private Arbeitsplätze ersetzen.

10 Mit dem Rechtsanspruch auf Arbeit bekämpfen wir einerseits die lang anhaltende
11 Arbeitslosigkeit, die insbesondere junge Menschen betrifft. So hat ein Viertel bis die
12 Hälfte aller fertig ausgebildeten Menschen unter 25 in Griechenland, Spanien, Italien
13 und Portugal keine Arbeitsstelle. Andererseits können die Kommunen selbst
14 entscheiden, wo sie Arbeitskraft brauchen können. Denkbar sind z. B. die Unterstützung
15 älterer Menschen im Haushalt, Geflüchtetenhilfe, Begleitservices bei S- und U-Bahn
16 oder Assistenz-Tätigkeiten in Kitas und Schulhorten. Außerdem schützt der
17 Rechtsanspruch auf Arbeit die EU vor einer tiefen Rezession in der nächsten
18 Wirtschaftskrise. Menschen rutschen nicht aus Arbeit in die Arbeitslosigkeit, sondern
19 werden durch die kommunale Beschäftigung aufgefangen. Dies hält die
20 wirtschaftliche Nachfrage stabil und verhindert Kaskadeneffekte wie steigende
21 Gesundheits- und Sozialausgaben („makroökonomischer
22 Stabilisierungsmechanismus“). Zudem bekämpft das Recht auf Arbeit die erzwungene
23 Migration in Europa. Während viele Europäer*innen die Freizügigkeit in der EU freiwillig
24 und gerne in Anspruch nehmen, haben andere keine Wahl. Insbesondere in Süd- und
25 Osteuropa sind viele gut ausgebildete Menschen gezwungen, nach Deutschland
26 oder in andere nordeuropäische Länder auszuwandern. Dies verschärft sich in
27 Krisenzeiten. Während die Empfänger*innenländer die zusätzlichen Fachkräfte gut
28 brauchen können, fehlen sie gleichzeitig den Entsendeländern. Es entsteht ein
29 Teufelskreis, bei dem Gemeinschaften auseinandergerissen werden und ganze
30 Landstriche verlassen zurückbleiben. Recht auf Migration darf nicht Pflicht zur
31 Migration werden! Ein Anspruch auf Arbeit am aktuellen Wohnsitz fördert die freie Wahl
32 des Lebensmittelpunkts in Europa.

33 34 c) Europäisches Sozialversicherungssystem

35 Die Herausforderung der wachsenden Armut kann nur europäisch gelöst werden. Es

1 ist also an der Zeit, unsere nationalen und auch sehr ungleichen
2 Sozialversicherungssysteme zu vernetzen und somit ein überall gleich gutes Leben zu
3 garantieren. Ziel ist eine schrittweise Angleichung der Sozialstandards in der
4 europäischen Union zur Schaffung einer gerechten Sozialversicherungsordnung. Dies
5 muss sich besonders auch im Bereich der Gesundheitsvorsorge niederschlagen. Um
6 allgemeinverbindliche Standards zu gewährleisten, basiert diese Versorgung auf
7 einem vernetzten europäischen Sozialversicherungssystem. Dieses darf unter keinen
8 Umständen den Einflüssen einzelner reaktionärer oder religiös einschränkender
9 Regierungen der Mitgliedstaaten ausgesetzt sein. Dieses umso mehr, als dass wir den
10 uneingeschränkten Zugang zu grundlegenden Behandlungs- und
11 Medikationsmaßnahmen sicherstellen. Das Aussparen von Reproduktionsmedizin, wie
12 in einigen Mitgliedstaaten durchgesetzt, wollen wir durch diese Politik aktiv umgehen.

A01

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Umweltbelastung durch Stickoxide und CO₂ bekämpfen! Reform des Kraftfahrzeugsteuergesetz (KarfStG)

Antragsteller*innen Jusos Starnberg

Adressat*innen Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 2 Die KFZ-Steuer soll sich stärker an dem jeweiligen CO₂-Emissionswert des Fahrzeugs
3 richten. Besonders emissionsstarke Fahrzeuge sollen so sehr viel höher besteuert
4 werden als bisher.
- 5 Ab einem Emissionswert von 120 Gramm CO₂ pro Kilometer soll die Gebühr pro
6 zusätzlichem Gramm CO₂ pro Kilometer um einen exponentiellen Faktor steigen. Diese
7 Steuer soll nur für neuzugelassene Autos gelten, um die Kaufentscheidung hin zu
8 umweltfreundlichen Alternativen zu fördern und den übereilten Austausch älterer
9 Autos durch Neuwagen zu verhindern, da die Herstellung eines Autos der mit Abstand
10 CO₂-aufwendigste Vorgang dabei ist.
- 11 Die daraus entstehenden Mehreinnahmen soll der Bund jenen Kommunen zur
12 Verfügung stellen, die die Realisierung eines flächendeckenden und kostengünstigen
13 öffentlichen Nahverkehrs vorantreiben.
- 14
- 15 Die Belastung mit Stickoxid in der Luft vieler deutscher Großstädte überschreitet
16 regelmäßig sämtliche zulässigen Grenzwerte. Laut einer Statistik des
17 Bundesumweltamtes lassen sich ca. 6000 vorzeitige Todesfälle auf eine dauerhafte
18 Stickoxidbelastung zurückführen.
- 19 Zusätzlich verschärft sich eine globale Klimakatastrophe mit immer extremeren

1 Wetterlagen, die vor allem auf den menschengemachten Treibhauseffekt
2 zurückzuführen sind.

3 In der Öffentlichkeit werden vor allem die gerichtlich beschlossenen Dieselfahrverbote
4 heftig diskutiert. Dabei emittieren dieselbetriebene Fahrzeuge weniger CO₂ als
5 benzinbetriebene und durch neue Technologien wie bspw. AdBlue ließe sich auch die
6 Stickoxidbelastung deutlich reduzieren. Gleichzeitig verzeichnet aber beispielsweise
7 eine ganz andere Fahrzeugklasse einen exponentiell wachsenden Anteil an
8 Neuzulassungen, die aufgrund ihrer immensen Größe und Schwere sehr viel höhere
9 Emissionswerte aufweist: die sogenannten *Sport Utility Vehicles* (kurz: SUV) und
10 Geländewagen. Insbesondere die deutsche Autoindustrie setzt derzeit auf die
11 wachsende SUV-Sparte als zukünftigen Wachstumsmotor und verschläft es nebenbei
12 im Bereich der Elektromobilität international konkurrenzfähig zu bleiben.

13 Im Sinne des globalen Umweltschutzes und der regionalen Luftreinhaltung ist daher
14 die wachsende Zahl an Neuzulassungen oben genannter Fahrzeugklasse radikal
15 einzugrenzen. Die oben beschriebene Änderung der Bemessung der KFZ-Steuer soll
16 dazu führen, dass SUVs und Geländewagen, die mit einem Verbrennungsmotor
17 angetrieben werden, steuerlich so stark belastet werden, dass deren Absatz auf dem
18 Automobilmarkt in Zukunft deutlich zurückgeht.

19 Der Antrag soll die Automobilindustrie zugleich unter Druck setzen, den EU-Grenzwert
20 von 95 Gramm pro Kilometer ab 2021 einhalten zu können.

A02

Gemeinden im Vorkaufsfall von der Provision befreien

Antragsteller*innen Jusos Olching

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

2 In die §§ 24 ff. BauGB ist eine Regelung aufzunehmen, wonach im Fall der
3 erfolgreichen Ausübung eines Vorkaufsrechts durch Gemeinden und Städte
4 Immobilienmakler keinen Anspruch auf Zahlung der im Rahmen des Erstvertrags
5 vereinbarten Maklerprovision mehr haben. Diese Regelung könnte beispielsweise als
6 neuer § 28 IIIa BauGB eingefügt werden.

7

8 Folge dieser Regelung wäre, dass die ungewisse Rechtslage geklärt und die
9 Öffentlichkeit von umfangreichen Kosten beim Erwerb von Immobilien befreit wird.
10 Derzeit haben die Gemeinden in der Regel keinerlei Verbindung und keinerlei Vorteile
11 aufgrund der Tätigkeit der Makler*innen, die sie jedoch aufgrund der unsicheren
12 Rechtslage meist bezahlen, um der Öffentlichkeit möglicherweise unnötige
13 Rechtsanwalts- und Gerichtskosten zu sparen.

14

15 Mittelbare Wirkung: den Gemeinden den Kauf von Grundstücken erleichtern
16 Immobilienmakler*innen ist es zumutbar, die Gebiete zu kennen, in denen ein
17 gemeindliches Vorkaufrecht besteht. Dies ist beispielsweise in
18 Erhaltungssatzungsgebieten der Fall, die von den Gemeinden in Gebieten mit
19 angespanntem Wohnungsmarkt erlassen werden können und öffentlich einsehbar
20 sind. Mit dem Entfallen der Provision bei Ausübung des Vorkaufsrechts soll der Anreiz
21 geschaffen werden, dass sich Makler*innen mit dem Verkaufsangebot direkt an die
22 jeweilige Gemeinde wenden. Diese kann dann entscheiden, ob sie ein Gebäude
23 kaufen möchte oder nicht. Sofern dieser Kauf durch Makler*innen erfolgreich

1 vermittelt wurde, gelten die normalen Regelungen über die Zahlung einer
2 Maklerprovision. Sofern die Gemeinde das Grundstück nicht erwerben möchte, soll sie
3 dies im dem Makler im Zusammenhang mit dem Preis mitteilen.

4
5 Unmittelbare Wirkung: die Gemeinden sparen die Kosten der Provision

6 Erst wenn ein Kaufvertrag nicht zustande kommt oder sich ein*e Makler*in nicht an
7 die Gemeinde gewendet hat wird die neue Regelung direkt relevant. Die Gemeinde
8 kann ihr Vorkaufsrecht ausüben, vor allem wenn beispielsweise der Kaufpreis im
9 privaten Vertrag deutlich niedriger ist. Denn die Wohnungsnot und das Ziel der
10 Gemeinden, mehr Wohnraum zu erwerben, wird teilweise mit erhöhten Preisen und
11 Forderungen missbraucht. Durch das Entfallen der Provision erhalten Makler*innen
12 einen Anreiz, direkt mit fairen Angeboten auf die Gemeinden zuzugehen. Daher soll
13 die Pflicht zur Zahlung der Provision entfallen, wenn die Gemeinde ihr Vorkaufsrecht
14 ausübt. Dann können erhebliche Kosten für die Öffentlichkeit vermieden werden.
15 Hier geht es um einen Immobilienwert von häufig etwa 10 Millionen €, bei dem die
16 Provision mit beispielsweise 3,57% bereits 357.000 € beträgt.

17
18 Langfristig soll die Gebühr für den*die Makler*in von der Person getragen werden,
19 die ihn*sie beauftragt hat. Dies soll generell bei allen Immobilienverkäufen gelten.

A03

Einführung einer CO₂-Steuer

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen SPD-Bezirksparteitag, SPD-
Landesparteitag, SPD-
Bundesparteitag, Juso-
Landeskongress, Juso-
Bundeskongress

2 Um das Pariser Klimaabkommen und das 1,5-Grad-Ziel zu einzuhalten, muss der
3 Ausstoß von CO₂ und verwandten Treibhausgasen drastisch reduziert werden. Klar ist:
4 Das wird nicht allein mit Aufklärung und freiwilligem Umdenken möglich sein. Gerade
5 die Industrie zieht nach wie vor kapitalistische Interessen einer Klima-Wende vor. Wir
6 brauchen also einen Weg, um die Emissionen aller CO₂-Produzent*innen schnell und
7 wirksam zu reduzieren, ohne für jede Branche und jede Art des CO₂-Ausstoßes einzelne
8 Regeln verhandeln zu müssen.

9 Der CO₂-Handel hat massive Schwächen, deshalb wollen wir ihn abschaffen und
10 durch eine CO₂-Steuer ersetzen. Jahrelang lag der Preis für die CO₂-Zertifikate in der
11 EU bei lediglich etwa sechs Euro pro Tonne. Weil die EU nunmehr Zertifikate pro Jahr
12 vom Markt nimmt, hat sich der Preis inzwischen erhöht und liegt bei über 20 Euro, mit
13 steigender Tendenz. Eine Studie der Weltbank zeigt allerdings, dass ab 2020 ein Preis
14 von mindestens 40 Euro pro Tonne CO₂ nötig ist, um die Pariser Klimaziele zu erreichen.
15 Außerdem können wir in der so wichtigen Klimafrage niemals auf Märkte vertrauen.
16 Wir fordern deshalb die Einführung einer CO₂-Steuer, in der Europäischen Union in Höhe
17 von 40 Euro pro Tonne CO₂. Durch diese setzen wir eine effektive Untergrenze für den
18 CO₂-Preis in der EU. Durch die Steuer ist ein Mindestpreis von 40 Euro pro Tonne
19 garantiert.

20

1 Die hierdurch erzeugten Mehreinnahmen werden in grüne Forschung, Technologie
2 und Infrastruktur investiert. Dabei werden solche Länder der EU besonders gefördert,
3 deren heutige Volkswirtschaft in hohem Maße auf CO₂-Ausstoß beruht und wo
4 gleichzeitig das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen vergleichsweise niedrig ist. Auf
5 keinen Fall wollen wir die Ungleichheit in Europa weiter erhöhen. Gleichzeitig sehen wir
6 im schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien langfristig wirtschaftliche Chancen. Für
7 heute wirtschaftlich schwächere Länder in der EU kann der schnelle Umstieg auf CO₂-
8 neutrales Wirtschaften in der Zukunft ein großer Vorteil sein. Daher ist es sinnvoll, die
9 Einnahmen aus der CO₂-Steuer dort in grüne Forschung, Technologie und Infrastruktur
10 zu investieren, damit Beschäftigung zu sichern und gleichzeitig Zukunftsfähigkeit zu
11 ermöglichen.

12
13 Außerdem werden Pendler*innen finanziell unterstützt, deren Bruttoeinkommen unter
14 dem Landes-Medianeinkommen liegt. Ist die Fahrt mit Bahn oder ÖPNV teurer als mit
15 dem PKW, wird die Differenz von EU und Nationalstaat anteilig beglichen. Stehen
16 ÖPNV und Bahn für den Arbeitsweg nachweislich nicht zur Verfügung, wird der durch
17 die Steuer neu entstandene Preisunterschied anteilig von EU, Nationalstaat sowie Land
18 und Kommune übernommen. Um öffentliche Verkehrsmittel auszubauen kann
19 gleichzeitig auf die erhöhte grüne Infrastrukturförderung zurückgegriffen werden.

20
21 CO₂-Zertifikate aus dem bestehenden EU-Emissionshandel werden auf die Steuer
22 angerechnet. Produkte aus dem EU-Ausland unterliegen künftig einem Zoll zum
23 Ausgleich des CO₂-Verbrauchs, soweit dieser nicht im Ausgangsland besteuert wurde.
24 Diese Importsteuer auf ausländische Produkte ist nötig, damit die CO₂-Steuer nicht
25 über das Ausland umgangen werden kann. Die Regelung verstößt nicht gegen den
26 Hauptvertrag der Welthandelsorganisation, das „General Agreement on Tariffs and
27 Trade (GATT), da Importeure aus dem Ausland nicht schlechter gestellt werden als EU-
28 Produzent*innen (sog. „Inländerbehandlung“). Falls strengere spezialgesetzliche
29 Regelungen oder bilaterale Handelsverträge anwendbar sind, könnte z.B. auf die
30 Ausnahmegründe des Schutzes von Menschen-, Tier- und Pflanzengesundheit
31 verwiesen werden („Human, Animal or Plant life and Health“, vgl. Art. XX b GATT).

A04

Seenotrettung ist kein Verbrechen - Solidarität mit Geflüchteten und Retter*innen

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Jusos Oberbayern

1 Alleine im Januar 2019 sind über 200 Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken.
2 Dabei liegt die Dunkelziffer vermutlich weitaus höher. Es ist nahezu unmöglich, das Mit-
3 telmeer auf einem Schlauchboot zu überqueren, und dennoch begeben sich immer
4 wieder Menschen auf diesen gefährlichen Weg.

5 Für uns ist klar, dass internationale Solidarität und Durchsetzung des Rechtes auf Leben
6 nicht an den europäischen Außengrenzen aufhören dürfen. Egal aus welchem Grund
7 oder von welchem Ort ein Mensch flieht: Niemand darf dafür mit dem Leben
8 bezahlen.

9
10 Bereits seit dem vergangenen Jahr wird die private Seenotrettung - die versucht, die
11 Lücke einer institutionalisierten, flächendeckenden Seenotrettung mit klarem Mandat
12 zu schließen - massiv behindert. Aufklärungsflugzeuge dürfen nicht starten, Schiffe
13 nicht aus dem Hafen auslaufen. Wenn sie sich doch auf Rettungsmission begeben
14 dürfen und Menschen vor dem Ertrinken retten, so müssen Retter*innen und
15 Geflüchtete teilweise wochenlang auf dem Schiff ausharren, bevor sie an einem
16 sicheren Hafen anlegen können. Sowohl für die Geretteten als auch für die Crew
17 bedeutet dies eine hohe emotionale wie körperliche Belastung.

18
19 Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen. Wir fordern, dass die Europäische
20 Union sich die Rettung von Geflüchteten wieder zur Aufgabe macht.

21 Die Bundesrepublik Deutschland soll dabei unabhängig von den Entscheidungen der
22 EU die Seenotrettung aktiv unterstützen und Geflüchtete aufnehmen und durch Heiko

- 1 Maas die Missbilligung der Vorgänge an die italienische Regierung mitzuteilen.
- 2 Wir fordern alle deutschen Städte auf, sich der Initiative „Seebrücke – schafft sichere
- 3 Häfen“ anzuschließen.
- 4 Die private Seenotrettung darf nicht weiter kriminalisiert und Retter*innen bei ihrer
- 5 Mission gehindert werden. Menschen retten ist kein Verbrechen!

A06

Kostenlose Schulverpflegung und Ernährungsbildung für Schüler*innen

Antragsteller*innen Jusos München

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz

2 Eine ausgewogene Ernährung und das Wissen über die Zubereitung von Mahlzeiten
3 sind essentiell für ein gesundes Leben. Der Zugang dazu ist jedoch eine Klassenfrage,
4 da hochwertige, gesunde Lebensmittel in der Regel teuer sind und für die Zubereitung
5 einer Mahlzeit Zeit benötigt wird, die arbeitenden Menschen häufig nicht zur
6 Verfügung steht.

7 Um diesem Missstand zumindest teilweise entgegen zu wirken, ist es besonders wichtig
8 Kinder und Jugendliche umfassend über Ernährungsfragen aufzuklären und während
9 der Schulzeit ein entsprechendes Verpflegungsangebot zu schaffen. Deshalb fordern
10 wir:

- 11 • An allen Schulen soll kostenlose Mittagsverpflegung mit warmen Mahlzeiten
12 gewährleistet werden. Die Lebensmittel sollen regional und saisonal sein.
- 13 • In regelmäßigen Abständen sollen Ernährungskunde- und Kochkurse an allen
14 Schulen und in allen Jahrgangsstufen abgehalten werden, die einen
15 praktischen Teil beinhalten müssen.

A07

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

24. Februar 2019

Kinderarmut abschaffen, Kinder- und Jugendgrundsicherung auf den Weg bringen!

Antragsteller*innen Jusos München
Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, Juso-
 Bundeskongress, SPD-
 Bundesparteitag

2 Je nach Berechnungsgröße werden bis zu 4,5 Millionen Kinder in Deutschland
3 genannt, die von Armut betroffen sind. Die vielfältigen unterschiedlichen
4 sozialstaatlichen Interventionen scheinen weder sonderlich effizient noch sonderlich
5 wirksam zu sein und sind auf viele Sonder-Problemlagen gerichtet. Wir wollen, dass
6 unser Sozialstaat bei dem Status Kind/Jugendliche*r ansetzt und fordern daher die
7 Einführung eines allgemeinen individualisierten Rechtsanspruches auf eine
8 Grundsicherung für Kinder und Jugendliche, die den Flickenteppich an
9 unterschiedlichsten sozialrechtlichen Ansprüchen ersetzt und nicht an das jeweilige
10 Einkommen von Elternteilen, das Zahlen von Unterhalt oder Ähnlichem ansetzt. Ziel
11 dieser Grundsicherung muss es sein, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von
12 der Einkommens- oder Vermögenssituation der Elternteile (und damit ggf.
13 hinzukommenden Unterhaltszahlungen) ein menschenwürdiges und damit
14 armutssicheres Aufwachsen zu ermöglichen.

15

16 Dabei schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

17

18 1) Abschaffung aller momentanen kindbezogenen sozialpolitischen oder
19 einkommenssteuerbezogenen Leistungen/Vorteile (bspw. UVG, KiG,
20 Kindergeldzuschlag, BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe, Ehegattensplitting,
21 Kinderfreibeträge, (Halb-)Waisenrente) Das BAföG bauen wir zu einem

1 Förderinstrument für lebenslanges Lernen (z.B. Zweitstudium) um. Bis zum erfolgreichen
2 Umbau des BAföG ist sicherzustellen, dass Beziehende oben genannter Leistung nicht
3 schlechter gestellt werden als vor der Einführung der Grundsicherung.

4
5 2) Ersatzweise wird ein Rechtsanspruch für jedes in Deutschland lebende Kind bei der
6 Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit geschaffen, der monatlich als
7 vollumfängliche Leistung des Bundes ausbezahlt werden soll.

8
9 3) Dieser Anspruch wird grundsätzlich bis zur Volljährigkeit in den Altersstufen 0-6, 7-12,
10 13-17 in der Höhe des Warenkorb zur Ermittlung des soziokulturellen Existenzminimums
11 auf Antrag gewährt.

12
13 4) Für volljährige Jugendliche (bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres) wird eine vierte
14 Altersstufe geschaffen, die unabhängig vom Haushaltskontext des*der Jugendlichen
15 bis zum Abschluss des ersten berufsqualifizierenden Abschluss und bis das
16 Eigeneinkommen nachweisbar steuerrechtlich über dem Steuerfreibetrag (in 2018:
17 9000,00€) liegt einen eigenen Anspruch auf bedarfsdeckendes soziokulturelles
18 Existenzminimum (inkl. Grundanteile für tatsächliche angemessene Wohnkosten)
19 einräumt.

20
21 5) Für Kinder/Jugendliche, die bei alleinerziehenden Elternteilen aufwachsen, muss ein
22 pauschaler Zuschlag entwickelt werden; gleiches gilt für Kinder/Jugendliche, die
23 mindestens zwei Geschwisterkinder haben.

24
25 Begründung:

26 Die Krise der Sozialdemokratie ist mit einer mangelnden Innovationsfähigkeit zur
27 Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme verbunden. Wir schaffen es europaweit
28 nicht mehr, im Bereich der Sozialpolitik tonangebend zu sein. Anstatt über unsere
29 Vorschläge wird über das Grundeinkommen diskutiert. Nur mit einer Wende hin zu
30 universalistischen Ansprüchen, zu einem Mehr an sozialen Rechten für Individuen und
31 einem Abbau von staatlichen Gängelungen sowie sozialstaatlichem Kleinklein wird es
32 gelingen einen modernen sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat zu entwickeln. Einen
33 Ansatzpunkt für diese Wende bietet die Kinder- und Jugendgrundsicherung. Es ist in
34 unserem Sozialstaat ungerecht, dass dem Staat manche Kinder mehr wert sind, als

1 andere (Kinderfreibeträge/Kindergeld). Es ist ungerecht, dass staatliche Leistungen
2 oftmals intern verrechnet werden und gar nicht bei denen ankommen, die sie
3 eigentlich bedürfen (Unterhaltsvorschuss bei ALG-II-Bezug). Es ist ungerecht, dass alle
4 staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung von Kinderarmut nur mehr Bürokratie, mehr
5 Nachweispflichten für Betroffene, aber nie weniger Kinderarmut gebracht haben
6 (bspw. Bildungs- und Teilhabepaket).

7
8 Gleichmaßen müssen wir gegen eine konservative und bevormundende Vorstellung
9 ankämpfen, nach der manche Eltern nicht willens oder nicht in der Lage sind
10 finanzielle Mittel des Staates/aus ihrem Einkommen für ihre Kinder einzusetzen. Wir
11 befinden uns heute in einer Gesellschaftsform, in der es immer noch kaum ein höheres
12 Risiko gibt, ärmer zu werden, als Eltern(-teil) zu werden. Ein moderner Sozialstaat muss
13 gegen dieses Risiko absichern, und das geht am Besten mit einem universalistischen
14 Anspruch für Kinder- und Jugendliche, der gegen das gesamt-gesellschaftliche
15 Problem der Kinderarmut gerichtet ist.

16
17 Die Kinder- und Jugendgrundsicherung ist etwas anderes als ein Grundeinkommen.
18 Sie richtet sich nicht gegen den Ersatz von Arbeitszwang, der von den
19 Grundeinkommensbefürworter*innen ins Feld geführt wird, oder predigt die Mär vom
20 Ende der Arbeit. Vielmehr reagiert die Kinder- und Jugendgrundsicherung auf eine
21 akute gesellschaftliche Problemlage und soll diejenigen, die (noch) nicht selbst für
22 ihren Lebensunterhalt aufkommen können eine über der ansonsten notwendigen
23 Debatte um Grundsicherung gegen Armut und/oder Arbeitslosigkeit staatliche
24 Garantie an Teilhabe schaffen. Die Kinder- und Jugendgrundsicherung wird eine
25 Bundesleistung sein und damit die Länder und Kommunen vollumfänglich sowohl bei
26 den tatsächlichen Ausgaben als auch bei vielfältigen Verwaltungsausgaben
27 entlasten. Der Kampf gegen Kinderarmut ist ein bundesweiter.

28
29 Die Kinder- und Jugendgrundsicherung soll zudem fern von Aspekten aus dem Kampf
30 gegen Bildungsungleichheit stehen, sie wird auch keine einschneidende Maßnahme
31 der Umverteilung sein können. Sie soll vielmehr im Bereich der finanziellen
32 Grundausstattung von Kinder- und Jugendlichen eine Untergrenze bilden und damit
33 sowohl zur Vereinheitlichung beitragen, als auch Differenzierung zu lassen:
34 Vereinheitlichung in der Gestalt, dass jedes Kind erstmals gleich viel wert sein muss;

- 1 Differenzierung insoweit, dass auf manche haushaltsbezogenen Problemlagen
- 2 gesondert eingegangen werden muss, die spezifisch in gesonderter Form über das
- 3 Vorhandensein von Kindern Armut erzeugen (Alleinerziehende oder Vielkinderschaft).